

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubünden

Mittwoch, 30. August 2023 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Tarzisius Caviezel bis nach der Vereidigung des neuen Standespräsidenten, danach Standespräsident Franz Sepp Caluori
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 120 Mitglieder entschuldigt: –
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache des Standespräsidenten

Standespräsident Caviezel: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen und um ein wenig Ruhe im Saal bitten? Das ist Schweizer Präzision. Wir leben in einer spannenden Zeit. Wir leben in einer dynamischen Epoche, wo man täglich erfährt und spürt, wie sich die Welt verändert. Täglich erreichen uns Meldungen, die von grosser Bedeutung sind, die einzuordnen sind, die in das eigene Weltbild eingebaut werden müssen, ja dieses Weltbild sogar anpassen. Ein ruhiger Pol, eine Konstante in dieser hektischen Zeit der vergangenen zwölf Monate war der Grosse Rat. Ich hoffe dabei, ja, Herr Regierungsrat, ich hoffe dabei, dass Sie auch mit meiner Arbeit zufrieden waren, dass statt Hektik Stetigkeit den Charakter der Sitzungen bestimmte und ich aus Ihrer Sicht die Geschicke des Grossen Rats des Kantons Graubünden anforderungsgerecht geleitet habe. Zumindest habe ich mich aufrichtig dafür bemüht. Mir war es wichtig, dem Grossen Rat die Einbettung seiner Arbeit in den weltweiten Entwicklungen, in den gegenwärtigen Krisen in Erinnerung zu rufen und die Bedeutung des Grossen Rats beim Unterhalt unseres demokratischen Staatswesens aufzuzeigen. Die Mitglieder des Grossen Rats können sich überall in diesen Fragen engagieren, ja, sie müssen sich engagieren, um der Arbeits- und Lebensgemeinschaft Graubünden bei ihren Herausforderungen mitzuhelfen. Die Mitglieder des Grossen Rats müssen Vorbild sein für die Bevölkerung.

Das klingt alles nicht so richtig spannend, nicht elektrisierend. Natürlich sind die Krisen, die in letzter Zeit aufgepoppt sind, nicht von selber verschwunden. Man kann sie nicht einfach wegklicken oder die künstliche Intelligenz locker um eine Antwort anfragen und deren Stellungnahme irgendwohin zur Erledigung weiterleiten. Lösungen für die grossen Fragen, die auch Graubünden für sich finden muss, die Energiewende, die Kriegs- und Flüchtlingsproblematik, der Klima- und Umweltwandel, Zinserhöhungen und Finanzkrise, die Knappheitsverhältnisse bei Lebensmitteln, Medikamenten, Computerbestandteilen, Metallen, der Fachkräftemangel, Internetan-

griffe, Lösungen für diese grossen Fragen werden Jahre beanspruchen, werden viel Schnauf brauchen, müssen in kleine Handlungsschritte aufgeteilt werden. Damit wir bei der Lösungssuche durchhalten und auch motiviert bleiben, müssen wir von innen heraus, intrinsisch sagt die Psychologie, einen eigenen Antrieb haben. Ich denke, Sie besitzen diesen Antrieb. Ansonsten sässen Sie nicht in diesem Saal. Es sind unsere Werte, die nicht nur Richtschnur für unser Handeln sind, sondern uns auch motivieren, für eine übergeordnete Sache einzustehen, uns zusammenzurufen und das Gemeinsame über das Einzelinteresse zu stellen.

Unsere Werte, und da möchte ich niemandem zu nahe treten, aber ich formuliere das einmal für uns alle: Unsere Werte sind das Verantwortungsbewusstsein für eine gesicherte, künftige Entwicklung unseres Kantons und unserer Gesellschaft, eine Umsetzungsorientierung, also nicht nur «lafara, sondern au lifera», Qualitäts- und Nachhaltigkeitsüberlegungen, Sorge tragen zu unserer Demokratie. Es ist mir als euer Präsident stets wichtig gewesen, diesen Willen und diese Kraft der Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen, Willen und Kraft, zu welchen unsere Vorgängergenerationen, die diesen Kanton aufgebaut waren, fähig waren und über dieses Potenzial auch wir verfügen. Wir haben sogar noch mehr Möglichkeiten als unsere Vorgängergenerationen, weil wir uns mit der neuen Anlage und der Simultanverdolmetschung noch besser verstehen werden. In meiner Beurteilung müsste nun die Durchlässigkeit der hier drinnen via Saalanlage geäusserten Überlegungen in die Köpfe aller Anwesenden gegen 100 Prozent tendieren. Wir haben uns von dieser Übersetzungsanlage etwas erhofft. Jetzt liegt es an uns, diese positiven Vorstellungen beziehungsweise Prophezeiungen auch selber zu erfüllen. Wenn es mit diesen Übersetzungen möglich ist, noch bessere Arbeitsergebnisse, Kompromisse und Vorgehenslösungen zu finden, dass möglichst viele unter uns so zufrieden sein können wie möglich, dann hat sich diese Investition gelohnt und wir konnten unsere Arbeit im Sinne des demokratischen Ringens nach optimalen

Lösungen im Interesse der Gesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger von Graubünden bestmöglich ausüben. Einen kurzen Exkurs zum Thema Demokratie möchte ich hier noch einfügen: Wir feiern in diesen Tagen 175 Jahre Bundesverfassung. Die Schaffung des verfassungsmässigen Fundaments des schweizerischen Bundesstaats hatte seinerzeit mehr Auswirkungen auf den Kanton Graubünden als uns allen wohl bewusst ist. Und wie beim Sturm aufs Kapitol in Washington im Jahre 2021 ging es auch damals im Grossen Rat in Graubünden hoch zu und her. Nach den Wirren der napoleonischen Zeit hatte sich Graubünden 1803 eine Verfassung gegeben, welche an den vorrevolutionären Zeiten anknüpfte. Dies führte bei verschiedenen aufgeklärten Bündner Politikern, aber auch bei reaktionären Anhängern des ehemaligen Freistaates der Drei Bünde zu Unmut. Dieser gipfelte darin, dass einige Unzufriedene im Jahr 1814 das Rathaus stürmten und den Grossen Rat zwangen, die alte Verfassung des Freistaats wieder für gültig zu erklären. Dieser Staatsstreich konnte in der Folge rasch überwunden werden. Um Ähnliches zu verhindern, wurde jedoch in der noch im selben Jahr geschaffenen Verfassung ein Sicherungsmechanismus eingeführt: Eine Verfassungsänderung war demnach nur noch möglich, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Gerichtsgemeinden, also der nächst tieferen Staatsebene nach dem Kanton, dieser Verfassungsänderung auch zustimmte. Damit lähmte sich der Kanton Graubünden für rund 30 Jahre beinahe vollständig selbst. Die Situation wurde derart ungemütlich, dass der Grosse Rat selbst in dieser Zeit drei Versuche startete, diese Bestimmung wieder aus der Verfassung zu kippen. Allesamt scheiterten aber am Veto der Gerichtsgemeinden. Und dann schlug die Stunde der Bundesverfassung von 1848. Diese verlangte, dass sämtliche Kantonsverfassungen von der Bundesversammlung gewährleistet, also geprüft und abgesegnet werden mussten. Vier Jahre konnte der Kanton Graubünden es danach noch hinauszögern, bis er der Bundesversammlung seine Verfassung schliesslich doch noch vorlegen musste. Und siehe da: Die Gewährleistung wurde abgelehnt, weil die Bundesverfassung vorschrieb, dass für die Revision von Kantonsverfassungen das absolute Mehr der Stimmbürgerschaft ausschlaggebend ist und nicht, wie in Graubünden, die Zustimmung der Gerichtsgemeinden. Dieser Ablehnungsentscheid bot dann endlich dem Grossen Rat die langersehnte Gelegenheit für eine weitere Verfassungsrevision und in dieser total revidierten Verfassung von 1854 fehlte sodann nicht nur diese Verhinderungsnorm, sondern es wurden auch die Gerichtsgemeinden abgeschafft und die Kreise und Gemeinden als Staatsebenen eingeführt. Etwas plakativ gesagt hat also die Bundesverfassung von 1848 dazu geführt, dass in Graubünden die Gerichtsgemeinden entmachtet und abgeschafft wurden, und sie war gleichzeitig die Geburtsstunde der politischen Gemeinden und Kreise. Sie sehen: Die Auswirkungen der Bundesverfassung von 1848 auf den Kanton Graubünden waren nicht nur ideologischer Natur, sondern durchaus konkret und einschneidend. Die aktuelle Ausstellung zu 175 Jahren Bundesverfassung kann übrigens in diesem Hause aufgesucht werden.

Nun, zum Schluss meiner einleitenden Gedanken zu dieser Session möchte ich Ihnen persönlich danken für Ihre konstruktive Unterstützung der Arbeit des Standespräsidiums, insbesondere bei der Leitung der Sessionen. Ordnungsanträge zum Korrigieren des Standespräsidenten wurden keine gestellt. Nein, allen Ernstes: Ich habe den Rückhalt des Gesamtrats gespürt und Ihr Vertrauen und die persönlichen Begegnungen mit Ihnen sehr geschätzt. Die Verpflichtungen des Standespräsidenten habe ich gerne ausgeführt und die immanenten Freuden auch entsprechend erhalten. Danken möchte ich auch dem Ratssekretariat für die gute Vorbereitung und Unterstützung bei der Sitzungsführung.

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, einen Wunsch habe ich noch: Geben Sie auch meiner Nachfolge im Standespräsidium weiterhin diese tragende und wichtige Unterstützung. Damit erkläre ich die Session für eröffnet. *Applaus.*

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsident Caviezel: Wir kommen nun zur Vereidigung der erstmals anwesenden Stellvertreter. Darf ich die Grossratsstellvertreter Daniel Solèr und Orlando Crameri bitten, nach vorne zu kommen? Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sowie alle Anwesenden auf der Tribüne bitte ich, sich von Ihren Stühlen zu erheben. Wir haben uns vorab der Session bereits verständigt und beide Stellvertreter möchten den Eid ablegen. Ich lese Ihnen den Eid vor: «Vus sco commember elegid dal cussegl grond engirais avant Dieu d'ademplir tut las obligaziuns da Voss uffizi tenor meglier savair e pudair.» «Lei eletto quale membro del Gran Consiglio giura innanzi a Dio di adempiere tutti i doveri del suo ufficio secondo scienza e coscienza.» Il sarament vegn fatg cun repeter ils plets «jau engir» e il giuramento viene prestato ripetendo «lo giuro» Bitte.

Crameri (Li Curt)/Solèr: Lo giuro./Jeu engir.

Standespräsident Caviezel: Vielen Dank. Sie dürfen sich wieder setzen.

Bekanntgabe der Stimmzählenden für das Amtsjahr 2023-2024

Standespräsident Caviezel: Darf ich noch um etwas Ruhe im Saal bitten? Ich gebe Ihnen nun die von der PK gewählten Stimmzählenden für das kommende Amtsjahr bekannt: Für die Mitte-Fraktion ist das Grossrätin Maya Messmer-Blumer, für die SP-Fraktion Grossrätin Barbara Bleuler-Jenny und für die FDP-Fraktion ist es Grossrat Fabio Luzio.

Bevor wir nun zum ersten Geschäft kommen, habe ich noch ein paar Informationen für Sie.

Informationen zur Augustsession 2023

Standespräsident Caviezel: Zum einen betrifft das die neue Technik. Leider haben Lieferungsverzögerungen verunmöglicht, dass Sie heute bereits an den neuen Sprechstellen arbeiten können. Dafür muss ich Sie auf die Oktobersession vertrösten. Wir haben aber eine adäquate Ersatzlösung und für deren Bedienung haben Sie alle eine Anleitung auf dem Tisch.

Im Zusammenhang mit den neuen Kameras, welche automatisch die sprechende Person ansteuern, müssen wir, und damit meine ich vor allem das Präsidium, unsere Arbeitsweise ein wenig anpassen. Die Kameras orientieren sich am offenen Mikrofon, d. h., es sollte immer nur ein Mikrofon offen sein, damit die Kameras auch genau wissen, wen sie filmen. Es wird in Zukunft also nicht mehr so sein, dass bei Sachgeschäften das Mikrofon der Kommissionspräsidentin oder des Kommissionspräsidenten stets offen bleibt. Also haben Sie bitte Verständnis für die Ratsleitung, wenn wir jeweils zuerst das Mikrofon der Vorrednerin schliessen, bevor wir der nächsten Votantin das Wort erteilen und deren Mikrofon öffnen.

Auf Ihrem Pult finden Sie in der weissen Schachtel Ihre Kopfhörer, die an der Sprechstelle angeschlossen werden können. Damit können Sie die simultan auf Deutsch und Italienisch verdolmetschten Voten anhören. Dieser Service wird in der Augustsession erstmals angeboten und steht im Sinne eines Testlaufs vorerst nur Ihnen an Ihren Plätzen zur Verfügung. Dies ist übrigens auch der Grund, weshalb ich diesmal darauf verzichtet habe, einen Teil der Eröffnungsansprache auf Romanisch oder Italienisch zu halten. Ab der Oktobersession wird dann die Simultanverdolmetschung auch der Öffentlichkeit via Livestream angeboten. Die Kopfhörer sind aus hygienischen Gründen übrigens für Sie persönlich bestimmt. Wir bitten Sie deshalb, diese nach der Session wieder in die Schachtel zu packen und auf dem Tisch liegenzulassen. Das Ratssekretariat wird sie einsammeln und Ihnen in der nächsten Session wieder bereitstellen.

Auch sehen Sie zu meiner Linken, dass ein Notausgang realisiert wurde. Diese Tür steht unter Alarm und ist nicht dafür vorgesehen, dass Sie möglichst schnell aus dem Saal kommen, wenn dann Pausenzeit ist, auch nicht, damit Sie schneller zurück sind.

Gibt es noch Fragen an dieser Stelle? Dem ist nicht so. So kommen wir nun zum ersten Geschäft dieser Session, der Wahl des Standespräsidiums, und hierzu erteile ich Grossrat Bettinaglio das Wort.

Wahl Standespräsidium 2023/2024

Bettinaglio: Es ist der Mittefraktion eine Freude, Standesvizepräsident Franz Sepp Caluori zur Wahl vorzuschlagen.

Wahlvorschlag Mitte-Fraktion
Franz Sepp Caluori

Standespräsident Caviezel: Danke. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Dem ist nicht so. Dann bitte ich die Stimmzählerinnen und den Stimmzähler, die Wahlzettel zu verteilen. Darf ich die Stimmzählerinnen und den Stimmzähler bitten, die Zettel wieder einzusammeln?

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich würde Ihnen gerne das Resultat bekanntgeben: Abgegebene Stimmzettel: 119. Davon leer und ungültig: 4. Gültige Stimmzettel: 115. Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 115. Absolutes Mehr: 58. Es haben Stimmen erhalten: Franz Sepp Caluori 112 und er ist damit gewählt. *Applaus.*

Standespräsidium

Bei 119 abgegebenen und 115 gültigen Wahlzetteln, 115 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 58, wird Franz Sepp Caluori mit 112 Stimmen als Standespräsident für das Amtsjahr 2023/2024 gewählt. Einzelne: 3 Stimmen

Standespräsident Caviezel: Ich gratuliere Franz Sepp Caluori zu seiner Wahl und wünsche ihm viel Freude und Befriedigung bei dieser wunderbaren Arbeit als Standespräsident. Somit kommen wir zur Wahl des Standesvizepräsidiums. Und hierzu erteile ich Grossrätin Baselgia das Wort.

Wahl Standesvizepräsidium 2023/2024

Baselgia: Die SP-Fraktion freut sich sehr, Ihnen Grossrätin Silvia Hofmann als Standesvizepräsidentin vorzuschlagen zu können.

Wahlvorschlag SP-Fraktion
Silvia Hofmann

Standespräsident Caviezel: Danke, Grossrätin Baselgia. Ich frage Sie an, wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Stimmzählerinnen und den Stimmzähler, die Wahlzettel zu verteilen. Darf ich Sie bitten, die Wahlzettel wieder einzusammeln?

Ich gebe Ihnen sehr gerne das Wahlresultat bekannt: Abgegebene Stimmzettel: 120. Davon leer und ungültig: 11. Gültige Stimmzettel: 109. Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 109. Absolutes Mehr: 55. Gewählt ist mit 107 Stimmen Silvia Hofmann. *Applaus.*

Standesvizepräsidium

Bei 120 abgegebenen und 109 gültigen Wahlzetteln, 109 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 55, wird Silvia Hofmann mit 107 Stimmen als Standesvizepräsidentin für das Amtsjahr 2023/2024 gewählt. Einzelne: 2 Stimmen

Standespräsident Caviezel: Als nächstes steht die Vereidigung des neugewählten Standespräsidenten an.

Vereidigung des Standespräsidenten

Standespräsident Caviezel: Darf ich Sie bitten, in Begleitung des Standesweibels nach vorne zu kommen? Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Saal sowie alle Anwesenden auf der Tribüne bitte ich, sich von Ihren Stühlen zu erheben. Standespräsident Caluori hat gewünscht, den Eid abzulegen. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor: «Sie als gewählter Präsident des Grossen Rats schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.» Der Eid wird durch das Nachsprechen der Worte «ich schwöre es» geleistet. Bitte.

Standespräsident Caluori: Ich schwöre es.

Standespräsident Caviezel: Vielen Dank. Sie dürfen sich wieder setzen. An dieser Stelle möchte ich auch noch Silvia Hofmann ganz herzlich zu ihrer Wahl zur Vizestandespräsidentin gratulieren.

Es folgt eine musikalische Einlage.

Standespräsident Caviezel: Standespräsident Caluori, darf ich Sie bitten, hier vorne Platz zu nehmen? Bevor ich meinen Stuhl nun endgültig räume, möchte ich aber noch meinem Parteikollegen Martin Bühler ganz herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch. *Applaus.*

Standespräsident Caluori: Ich möchte Sie alle ganz herzlich zu meiner ersten Augustsession als Standespräsident willkommen heissen. Als erstes möchte ich meinen Gottakindern Gioana Lisi-Curschellas und Renato Curschellas für die Untermalung, die wunderschöne musikalische Untermalung zu meiner Wahl ganz herzlich danken. Ich glaube, es ist nochmals ein Applaus wert. *Applaus.*

Nun darf ich dich, liebe Silvia, als neu gewählte Standesvizpräsidentin zu mir nach vorne bitten und dich bitten, neben mir Platz zu nehmen.

Ich möchte Ihnen allen, die mich zum Standespräsidenten mit diesem hervorragenden Ergebnis gewählt haben, von ganzem Herzen danken. Es ist mir eine grosse Ehre, hier vorne sitzen zu dürfen und den Grossen Rat zu leiten. Dieses Amt ist nicht nur eine grosse Ehre, sondern bedeutet für mich auch Verantwortung zu übernehmen. Es ist mir deshalb ein grosses Anliegen, unsere Werte und Traditionen weiterzugeben und zu pflegen. Das Motto, das ich für mein Präsidialjahr gewählt habe, ist die Gastfreundschaft. Es ist ein Motto, das unsere Offenheit und Herzlichkeit widerspiegelt, die uns Bündnerinnen und Bündner auszeichnen. Gastfreundschaft bedeutet, Brücken zu bauen, Menschen willkommen zu heissen und unser Zuhause mit anderen zu teilen. Gerade in einer Zeit, in der die Welt oft von Spaltungen und Spannungen geprägt ist, möchte ich betonen, wie wichtig es ist, unsere Türen offen zu halten und mit offenen Armen auf jene zuzugehen, die zu uns nach Graubünden kommen, entweder um zu arbeiten oder um Ferien zu machen.

Nun möchte ich gemäss Arbeitsplan mit der Beratung der Geschäfte der Augustsession beginnen. Dazu nehmen Sie bitte das lila Büchlein hervor. Wir beginnen mit dem Bericht und Antrag der Kommission für Staatspolitik und Strategie KSS des Grossen Rats, Erlass übergeordneter politischer Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2025 bis 2028 des Regierungsprogramms und Finanzplans. Hierzu gebe ich das Wort zum Eintreten an Kommissionspräsidenten Rico Lamprecht.

Bericht und Antrag der Kommission für Staatspolitik und Strategie: Erlass übergeordneter politischer Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2025-2028 des Regierungsprogramms und Finanzplans

Eintreten

Antrag KSS
Eintreten

Lamprecht; Kommissionspräsident: Eir da mia vart As giavüsch eu il bainvgnü ed ün bun cumanzamaint da la sessiun. A nos novelet president dal Grond cussagl, char Seppo, gratulesch eu da cour e at giavüsch per tejs on presidial be tuot il bun. E at gratulesch natüralmaing per tia onuraivla elecziun. La cumischium, la KSS, ha preparà quist cudeschin – violet per meis ögls – cha no lain oz As preschantar ed eir elavurar e cumanzar er culs plets introductivs. Eu less am s-chüsar cha adonta cha no vessan hoz la pussibiltà da far nos pled complettamaing in rumantsch – pero la preparaziun n'haja fatta tuotta in tudais-ch ed i füss stat alura ün pa perplex da tradüer da quai sün rumantsch, per cha inchün oter tradüa quai davo darcheu in tudais-ch. Perquai dumond eu s-chüsa, sch'eu fetsch meis pled d'introducziun in tudais-ch.

Früher wurde die politische Planung als alleinige Aufgabe der Regierung betrachtet, auf welche das Parlament nur geringen Einfluss nehmen konnte. Heute ist in der Staatsrechtslehre anerkannt, dass die staatsleitende Planung eine gemeinsame Aufgabe von Parlament und Regierung ist: «Die Mitwirkungsrechte des Parlaments bei der politischen Planung gewährleisten, dass dieses bereits in einer frühen Phase gewisser Entwicklungen eine Weichenstellung vornehmen kann.»

Im Kanton Graubünden ist die Kooperation zwischen Parlament und Regierung bei der Erarbeitung der politischen Planung ausgeprägt vorhanden. Die politische Planung erfolgt im Zusammenspiel zwischen Regierung und Parlament. Unter Wahrung der einzelnen Zuständigkeiten werden die Grundlagen gemeinsam erarbeitet und genutzt und die Planung inhaltlich koordiniert. Das Parlament verabschiedet im Dialog mit der Regierung die Legislaturleitsätze und Ziele. Die Regierung ihrerseits erstellt im Rahmen dieser Leitplanken darauffolgend das Regierungsprogramm und den damit verknüpften Finanzplan.

Nach Art. 21 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Grossen Rats ist die Kommission für Staatspolitik und Strategie, die KSS, für die Ausarbeitung der übergeordneten politi-

schen Ziele und Leitsätze des Grossen Rats zuständig. Dies schliesst auch die Aufgabe der KSS mit ein, dem Grossen Rat den vorliegenden Bericht zusammen mit den Anträgen zu unterbreiten.

Planung ist ein wichtiges Instrument staatlicher Aufgabenerfüllung. Dies hängt damit zusammen, dass die staatlichen Aufgaben aufgrund der raschen, technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen stark zugenommen haben und gleichzeitig komplexer geworden sind. Es wird heute vom Staat verlangt, dass er die wirtschaftlich und gesellschaftlich vernetzten Zusammenhänge richtig erfasst und beurteilt, die staatlichen Tätigkeiten aufeinander abstimmt und dabei über die kurzfristigen Wirkungen hinaus auch die mittel- und langfristigen Folgen berücksichtigt. In diesem Sinne legt Art. 63 des GRG fest: «Der Grosse Rat legt in seiner Planung den Nutzen fest und überprüft diesen auch.»

Mit dem Erlass der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze gibt der Grosse Rat die politischen Stossrichtungen und Schwerpunkte vor. Diese politischen Absichtserklärungen finden eine Konkretisierung im Regierungsprogramm und Finanzplan der Regierung. Regierungsprogramm und Finanzplan bleiben Instrumente der Regierung. Die Mitwirkung des Grossen Rats verleiht ihnen indes einen höheren Stellenwert, indem die Regierung politische Vorgaben erhält, welche übergeordneten strategischen Ziele erreicht werden sollen und wie diese Ziele näher definiert sind. An dieser Stelle sei nochmals ausdrücklich erwähnt, dass der GRG in Art. 60 Abs. 1 den Grossen Rat und die Regierung verpflichtet, bei politischer und strategischer Planung zusammenzuwirken. Die Planungen sind gemeinsam zu erarbeiten, zu nutzen und inhaltlich zu koordinieren.

Die konkrete Erarbeitung der Mehrjahresplanung 2025 bis 2028 erfolgt grundsätzlich in Anlehnung an die Erfahrung aus den Jahren 2007, 2011, 2015 und 2019. Es wurde stets versucht, aufgrund der gesamten Erfahrung das Verfahren der Grundlagenerarbeitung und Berichtsabfassung zu verbessern. Zum zweiten Mal hat nun die KSS frühzeitig einen externen Sachverständigen zur Unterstützung der Kommission beigezogen, da sich das Vorgehen im 2019 aus Sicht der Kommission bewährt hat. Das entsprechende Kreditgesuch der KSS über 30 000 Franken wurde von der Präsidentenkonferenz des Grossen Rats am 5. Dezember 2022 bewilligt. Auf diese Weise war es der KSS möglich, wiederum Prof. Dr. Daniel Kübler als externen Unterstützer für die Planung und als Berater für die Erarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze zu gewinnen. Auch dieses Mal erwies sich die Wahl von Prof. Kübler als richtiger Entscheid. Die von ihm aufgrund einer Vorbesprechung mit dem Kommissionspräsidium erarbeiteten Grundlagen, ermöglichten es der Kommission, sich auf das Wesentliche, die Erarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze, zu konzentrieren. Im Hinblick auf die Strategietagung mit der Regierung hat die KSS in zwei ganztägigen Sitzungen eine eigene Lagebeurteilung vorgenommen und die Vorschläge des Experten zu den Zielen und Leitsätzen einlässlich diskutiert, abgewogen, geprüft und schliesslich beschlossen. Um den Charakter als strategisches Führungsinstrument des Grossen Rats zu untermauern, wurden die von der

KSS erarbeiteten Ziele und Leitsätze schliesslich zusammen mit der Gesamtregierung unter Moderation des externen Experten am 29. März 2023 im Rahmen einer Klausurtagung konsolidiert. Vorgängig zur Strategietagung fand zudem zwischen den Kommissionspräsidenten und dem Regierungspräsidenten eine Koordinationssitzung statt.

Art. 21 Abs. 1 GGO weist die Aufgabe der Ausarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze und damit die Funktion der Leitkommission für diesen Prozess der KSS zu. Eine zusätzliche Vorberatung durch eine weitere Kommission ist nicht vorgesehen und drängte sich wie in der Vergangenheit nicht auf. Dennoch haben die anderen ständigen Kommissionen des Grossen Rats die Möglichkeit vom Mitberichtsverfahren. Die KSS hat es mit Schreiben vom 3. April 2023 ins Belieben der ständigen Kommissionen gestellt, sich zu den im Bericht und Antrag der KSS formulierten politischen Ziele und Leitsätze zu den in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallenden Sach- und Politikbereichen bis zum 4. August im Mitberichtsverfahren vernehmen zu lassen. Die KUVE hat als einzige Kommission Anträge gestellt. Die anderen Kommissionen haben darauf verzichtet. Die KBK nimmt in einem Ziel Stellung, ohne einen Antrag zu formulieren.

Gerade in der langfristigen Planung besteht die Gefahr, sich stark zu fokussieren und so längerfristige Entwicklungen zu verpassen. Das wollen wir vermeiden, indem wir die Flughöhe beibehalten.

Zum Büchlein selber, das wäre eben dieses lila Büchlein. Unter I. haben wir in den rechtlichen Grundlagen das Vorgehen und die grafische Übersicht dargestellt. In II. sind die Trends und strategische Herausforderung für die Planungsperiode 2025 bis 2028 aufgeführt. Diese erstrecken sich gemäss Definition mindestens über mehrere Jahrzehnte. Wenig überraschend kann daher festgehalten werden, dass sich die Megatrends seit der letzten Planungsperiode kaum verändert haben. Die national und international generellen Entwicklungstrends haben sich mehrheitlich auf die erwartete Weise fortgesetzt, akzentuiert oder abgeschwächt. Allerdings haben die COVID-19-Pandemie wie auch der Angriffskrieg in Russland auf die Ukraine und die daraus jeweils resultierenden menschlichen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen das internationale und nationale Umfeld auf zuvor nicht antizipierte Weise geprägt, verändert und teilweise destabilisiert. Gegenüber der letzten Planungsperiode hat zudem das Bewusstsein für die zukünftigen und bereits beobachtbaren Folgen der Klimakrise deutlich zugenommen. In III. ist neu die Übersicht der Ziele der vergangenen Planungsperiode abgebildet. Diese waren im letzten Büchlein noch nicht abgebildet. Und im IV. folgen die übergeordneten Ziele und Leitsätze, die wir dann im Detail behandeln werden.

Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, ich bitte Sie im Namen der Kommission für Staatspolitik und Strategie auf diesen Bericht einzutreten und bitte Sie natürlich auch darum, unseren Anträgen zu folgen. Für die weitere Behandlung des Berichts gebe ich nun das Wort wieder an unseren Standespräsidenten zurück.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Kommission zum Eintreten? Grossrat Gian Michael, Sie haben das Wort.

Michael (Donat): Tgear Seppo, ear jou less a Vus gratar da tut cor par Vossa elecziun sco ple òlt digl Grischn. Jou giavisch a Vus blear plascher a cuntantentscha an que ufezi d'anur. Giuded que on cun blears contacts ad ocurenzas agl antier cantùn.

Die vorliegenden Ziele und Leitsätze der KSS für die Planungsperiode 2025 bis 2028 scheinen gelungen zu sein. So interpretiere ich einmal den Verzicht der Mehrheit der Kommissionen auf einen Mitwirkungsbericht. Vielleicht hat dieser Verzicht aber auch mit der Flughöhe zu tun, auf der wir uns bewegen. Bewusst sind die Ausführungen sehr allgemein gehalten. In der ersten Phase der politischen Planung für den Kanton Graubünden war es die Aufgabe der Kommission, aus den internationalen, nationalen und auch regionalen Trends eine Grundlage zu schaffen, damit die Regierung auf dieser Basis ein detailliertes und konkretes Regierungsprogramm sowie den dazugehörigen Finanzplan erarbeiten kann. In der Botschaft nennen wir es so, dass die Ziele und Leitsätze den Charakter politischer Vorgaben für die Regierung besitzen. Umso wichtiger ist es nun, dass wir uns im Parlament für die Zukunftsplanung die Zeit für die politische Diskussion nehmen und eine Auseinandersetzung hier im Plenum führen. Daher rufe ich Sie auf, bringen Sie sich ein. Äussern Sie sich zur Vorlage und unterstreichen Sie, was auf Basis des vorliegenden Berichts aus Ihrer Sicht für unseren Kanton von grosser Wichtigkeit ist. Vergessen Sie aber bitte nicht, die Flughöhe zu behalten. Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion.

Cahenzli-Philipp: Lieber Seppo, zuerst meine ganz herzliche Gratulation zu deiner grossartigen Wahl. Ich wünsche dir sehr viel Freude in deinem Amt.

Der Kommissionspräsident Rico Lamprecht hat den Prozess, der zu diesen übergeordneten Zielen und Leitsätzen geführt hat, ausführlich geschildert. Einen Vorteil möchte ich noch einmal bekräftigen: Diese Kooperation zwischen Rat und Regierung, die ist möglich, weil Väter und Mütter, sage ich mal, der Kantonsverfassung dieses Verfahren weitsichtig und klug so vorgesehen haben. Und mir scheint dieser Prozess sehr sinnvoll, weil durch das Mitwirkungsrecht des Parlaments bei der politischen Planung, das Risiko einer einzelfallorientierten und sektoriellen strategischen Ausrichtung deutlich kleiner wird. Und damit steigt die Chance, eine umfassende politische Perspektive und eine auf Entwicklung und Schwerpunkte ausgerichtete kohärente, also zusammenhängende Politik zu planen. Zu schnell kann es nämlich sonst passieren, dass die verschiedenen staatlichen Aufgaben in den jeweiligen Departementen geschlossen nur für sich angeschaut werden und das ganzheitliche Denken und Planen über den eigenen Tellerrand hinaus, also über das eigene Departement, über das eigene Amt hinaus zu kurz kommen würde. Und so beugen wir uns als Parlament alle vier Jahre über dieses lila Büchlein, das es aufzubewahren gilt und einigen uns auf grundsätzliche Stossrichtungen, die es zugunsten der Bevölkerung in

unserem Kanton zu verfolgen gibt, und lassen dennoch der Regierung den notwendigen Spielraum, das eigene Regierungsprogramm und den damit verknüpften Finanzplan zu erstellen. So sind die Zuständigkeiten gewahrt.

Die Ziele und Leitsätze sollen sich und heben sich von den tagesaktuellen politischen Fragen ab. Und das ist auch eine Chance für uns als Parlament. Eine Chance, unsere Debatte auf eine mittelfristige, ja vielleicht gar langfristige Optik auszurichten. Denn langfristige Veränderungen wie Klimaschutzmassnahmen, Lösungen gesellschaftlicher Probleme wie den Fachkräftemangel oder grosse Projekte wie nachhaltige Verkehrsnetze, brauchen diese Perspektive. Die benötigen eine Gesamtschau in einem gewissen Abstraktionsgrad bei der Zielbeschreibung. Drängende Alltagsfragen und unerwarteter Handlungsbedarf, die kommen früh genug immer wieder auf die Agenda. Und vieles entzieht sich der Planbarkeit, wie wir alle schmerzlich immer wieder erfahren müssen. Doch heute, heute nehmen wir uns die Zeit, um die grossen Themen anzuschauen und diese dann in kleine Handlungsschritte zu unterteilen, so wie der alt Standespräsident das bei der Rede ausgeführt hat.

Geschätzte Damen und Herren, als Neuling in der KSS war es für mich sehr ungewohnt, nicht über eine bereits vorgegebene Vorlage zu diskutieren, diese zu verteidigen oder vielleicht Änderungsvorschläge einzubringen, wie ich das aus anderen Kommissionen kannte. Ungewohnt, doch sehr spannend. Wir konnten in der KSS ausführlich über die sogenannten Megatrends diskutieren, die Sie auf Seite 13 bis Seite 30 in diesem Büchlein finden. Es sind nationale und internationale Trends und Entwicklungen, welche auch das Leben und die Politik in Graubünden beeinflussen. Unsere Abhängigkeit von globalen Entwicklungen und Folgen von Krieg, Pandemie usw., die so nie oder kaum vorauszusehen waren, ist spür- und erkennbar. Es sind Trends und Herausforderungen, wie die Klimakrise, der Fachkräftemangel, die Abwanderung und die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung, die sich seit der letzten Planungsperiode deutlich akzentuiert haben. Und vor allem das Bewusstsein für die Folgen der Klimakrise hat zugenommen. Weiter sind es soziale Risiken, die uns beschäftigen, wie die Situation der prekär Beschäftigten, der Working Poor und der Verlust der Kaufkraft und als letztes Beispiel die Chancen und Risiken der Digitalisierung und die Sorge darum, dass die Risiken überwiegen. Diese Trends waren Grundlage, auf welchen die KSS im Laufe des Prozesses gemeinsam mit der Regierung die Ziele und Leitsätze formuliert hat.

Und ich streiche noch einmal heraus, dass der Beizug externer Expertinnen und Experten sich als sinnvoll und sehr hilfreich erwiesen hat. Allein die Ressourcen der Kommission hätten da bei weitem nicht ausgereicht. Die Kommission hat um Worte und einzelne Sätze gerungen und manchmal auch gestritten. Naturgemäss legten die Mitglieder unterschiedliche Schwerpunkte und kaum jemand ist wohl zu 100 Prozent mit jeder einzelnen Formulierung einverstanden. Aber die Kommission hat sich in offenen, konstruktiven Diskussionen und in sorgfältigem Abwägen auf die Ziele und Leitsätze geeinigt, die nun vorliegen. Die Einigung beinhaltet auch die

Ablehnung des KUV-Antrags. Dessen Anliegen, die unbedingte Stärkung und Bedeutung des Schutzwaldes besonders herauszuheben, die ist in der Kommission sehr wohl anerkannt und auch geteilt worden. Doch die Kommission ist der Meinung, der Antrag sprengt den angestrebten Abstraktionsgrad des Berichts.

Ich komme zum Schluss: In der Debatte bitte ich Sie, daran zu denken, dass sich die konkreten Massnahmen auf die erkannten Herausforderungen, und diese Herausforderungen sind beschrieben und wirklich erkannt, die konkreten Massnahmen, allerdings erst im Regierungsprogramm zeigen werden. Wenn heute in der Diskussion noch Vieles zu wenig konkret fassbar scheint, ist es die Gelegenheit, die Gelegenheit, Ihr Anliegen der Regierung, die heute aufmerksam zuhört, ans Herz zu legen. Es wird dann die Aufgabe unserer Kommission sein, die Erfüllung der gesetzten Ziele an der Wirksamkeit der Massnahmen zu überprüfen. Insgesamt darf man von einer gelungenen Vorlage sprechen, die Fortschritt für den Kanton zu erzeugen vermag. Die Fraktion der SP wird zu den einzelnen Zielen und Leitsätzen kritisch konstruktive Bemerkungen und Fragen stellen, keine weiteren Anträge einbringen und ist für Eintreten.

Hug: Liebe Silvia, lieber Seppo, auch im Namen der SVP-Fraktion gratuliere ich euch beiden ganz herzlich zu eurem hervorragenden Wahlergebnis. Wir wünschen euch viel Erfolg bei dieser wichtigen Aufgabe. Die Fraktion der SVP wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, euer politisches Arbeiten so leicht wie möglich mitzugestalten. Lieber alt Ständerpräsident Caviezel, auch dir ganz herzlichen Dank, Tarzisi, es war ein gutes Jahr mit dir.

Und nun zu unserem Sachgeschäft, dem Erlass der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2025 bis 2028. Die vorliegende Botschaft ist das Produkt von sehr vielen Arbeitsstunden, von Beratern, Verwaltung und insbesondere ein spannendes Ringen um politische Mehrheiten innerhalb der Kommission und danach auch im Austausch mit der Regierung. Unser Kommissionspräsident hat dazu den Prozess aufgeführt. Ich wiederhole keine Details, aber mir fallen dabei drei Hauptpunkte zu diesem Strategiepapier auf.

Erstens zum Umfang: 13 Ziele und die dazugehörigen Leitsätze sind etwas gar viel. Die Fokussierung auf das Wesentliche wäre selbstverständlich wünschenswert. Uns wurde aber in der Kommission natürlich bewusst, dass es sehr schwierig ist, die Breite und die Vielfalt eines Kantons in fünf oder gar in drei Zielen zusammenzufassen. Und deshalb haben wir heute ein Papier in der Hand, das eben 13 Ziele umfasst. In vorangegangenen Planungsperioden gab es gewisse Legislaturen, in denen weniger Ziele verfolgt wurden. Und ich bin mir nicht sicher, ob in Zukunft vielleicht eine kleine Reduktion auch mithelfen würde, dann die Ziele auch effektiv umsetzen zu können.

Zum zweiten Punkt, dem Erarbeitungsprozess: Die Erarbeitung eines Regierungsprogramms als gemeinsame Aufgabe von Exekutive und Legislative, wie das hier in unserem Kanton gehandhabt wird, kann Vorteile mit sich bringen. Wir haben das im Vorfeld bereits gehört. Ich persönlich bin der Meinung, es ist ein Vorteil in Schön-

wetterphasen. Wenn dann ernstere Zeiten auf diesen Kanton zukommen, bin ich immer für klare Schnittstellen innerhalb von Exekutive und Legislative. Aber es ist so vorgegeben und dementsprechend versuchen wir uns auch in diesem Prozess konstruktiv einzubringen.

Und zum dritten Punkt, die Gedanken zum Resultat: Wir halten jetzt ein konsolidiertes Strategiepapier in den Händen, was bereits von meiner Vorrednerin erwähnt wurde. Niemand wird sich zu 100 Prozent mit diesem Strategiepapier identifizieren können. Aber es ist eben eine Mehrheitsmeinung, die durch Regierung und Kommission so beschlossen wurde. Wir haben einen ersten Teil mit der Einführung. Da wird auf Seite 12 sehr übersichtlich dargestellt, wie dann die weiteren Prozesse eben gelebt werden in diesem Kanton. Und ich meine, wenn diese Punkte dann eingehalten werden, kann ein möglichst grosser Erfolg daraus auch erzielt werden. Zum zweiten Teil, der Analyse, hier wurden die Megatrends angesprochen. Auch hier würde jede Fraktion in diesem Rat viele Sätze anders formulieren. Aber es ist eben die Mehrheitsmeinung und deshalb stehen auch wir dahinter. Und dann die strategischen Ziele mit den dazugehörigen Leitsätzen. Da erwarte ich in diesen 13 Leitsätzen dann eine spannende Debatte. Führen Sie diese Debatte lebhaft, aber beachten Sie, wie bereits vorhin erwähnt, die nötige Flughöhe. Ich freue mich auf diese Debatte und beende mein kurzes Votum.

Standespräsident Caluori: Darf ich Sie nochmals darauf aufmerksam machen, wie der alt Ständerpräsident gesagt hat: Erst wenn das Mikrofon rot aufleuchtet mit Sprechen beginnen. Wir haben eine neue Anlage. Wegen dem Livestream müssen wir etwas mehr Zeit aufwenden, um zu wechseln.

Brunold: Herzlichen Dank für die Instruktion. Igl em-prem vi jeu gratular cordialmein al niev president dil Cussegl grond, Seppo Caluori. Car Seppo, jeu giavischel a ti bia success e cuntentientscha en tiu niev uffezi. Jeu sun perschadius che ti vegns a far quei grondius ed has in bien maun da manar nies cussegl. Igl engraziament e las gratulaziuns era da l'Allianza dil Center. Era a la nova vicepresidenta dil Cussegl grond, Silvia Hofmann, gratuleschel jeu cordialmein per l'elecziun. Cunquei che nus avein oz per l'emprema gada la translaziun simultana en funcziun, vi jeu bugen far diever da quella e selubeschel da tener miu votum en romontsch. Il president da la Cumissiu per politica da stadi e strategia, collega Lamprecht, ha gia dau a Vus ina buna survesta sur dalla planisaziun da las finamiras e directives per ils onns 2025 entochen 2028. Jeu crei che nus astgein constatar ch'il punct da partenza ei oz empau in auter che avon quatter onns, cu ch'il Cussegl grond ha approbau la davosa planisaziun da legislatura. El mument sesanfla il cantun ord vesta finanziaria sin siu pli ault punct. Aschi bein eisi aunc mai iu finanzielmein al cantun. Era tier las vischnauncas ves'ei ora finanzielmein bein. Las fusiuns da vischnauncas han purtau fretg. Las vischnauncas ein s'organisadas bein ed allas biaras vischnauncas vai finanzielmein bein e cunzun bia meglier che per exempel aunc avon 10 onns. Era ils peis da taglia han cuntinuada ein saviu vegnir sbassai. Quei ei fetg remarcabel,

sche nus studegiein, tgei crisas che nies cantun e nossa tiara han surmuntau ils davos onns. Per l'ina ei quei stau la pandemia da Covid-19. Quella ha segir negin giu previu, cu ch'il cantun ha fatg la planisaziun per la legislatura 2021 entochen 2024. Il medem vala per las grondas sfidas per la societad ed economia, che l'attacca d'uiara da la Russia encunter l'Ucraina han caschunau. Tier l'energia ha quei mussau si, con dependents che nus essan dad energia fossila e cun quei da tiaras cun regims buc democratics. Era ha l'uiara schau crescher ils prezis d'energia ed en general ein tut ils prezis creschi pli fetg ch'en ils onns avon. Sche jeu mirel sin ils onns 2025 entochen 2028 munta quei per mei, ch'il cantun Grischun sto vinavon tener en mira las finanzas. Denton sa il spargnar segir buc esser il punct central dalla planisaziun da legislatura da la Regenza. Tochen ussa eran adina las finanzas il problem principal. Quei vegn a semidar ils proxims onns. Quei ch'ei per mei central els proxims onns ei la munconza da persunal en tuttas spartas da nossa economia e societad. Gia biars dils babyboomers ein gia i en pensiun ni van proximamein en pensiun. Enteifer il cantun vegnan suenter memia paucs giuvens per surprender tut quellas incumbensas. Il persunal maunca tier ils spitals e la tgira. Il persunal maunca tier il mistregn e tier il commerci. Il persunal maunca ella gastronomia e l'hotellaria ed en ils manaschis turistics. Il persunal maunca era ellas administraziuns communalas e dil cantun. Il persunal maunca semplamein dapertut. Cun la digitalisaziun e cun optimar las structurass vegnin nus forsa dad optimar empau ils menaschis, aschia ch'i drova el futur empau pli pauc persunal. Denton: Quei vegn mai a tonscher. Nus tuts essan dumandai da far gronds sforzs per dumignar quellas grondas sfidas. Tuttina sun jeu optimistic che nus vegnin era ella proxima legislatura da planisaziun a contonscher ina massa per nies cantun. Las 13 finamiras ch'ei vegnidas definidas dalla Cumissiu per politica da stadi e strategia fan per mei grond senn. Quei ein ils survetschs dil cantun, la segirtad, ils spazis ellas vischnauncas, economia, finanzas, energia, mobilitad, transfurmaziun digitala, planisaziun dil spazi, ecologia e protezzuon dil clima, sanadad, formaziun e perscrutaziun e la coesiuon sociala. Jeu sun perschadius che quei ei ina buna basa da planisaziun per la Regenza. Ord quei motiv vegn jeu a sustener il rapport da la Cumissiu per politica da stadi e strategia e supplicheschel Vus da far il medem. Jeu sun per entrar.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Kommission? Dann ist es offen für Wortmeldungen für das Plenum. Grossrat Pfäffli, Sie haben das Wort.

Pfäffli: Auch von meiner Seite herzliche Gratulation zu Ihrer Wahl als Standespräsident. Freuen Sie sich auf dieses Jahr. Es wird ein tolles Jahr. Nun zum Bericht, den die KSS uns vorgelegt hat. Ich möchte der Kommission danken. Ich habe den Bericht gelesen. Er hat mich überzeugt. Ich fand es wirklich sehr gut, dass man die Aufgabe der Kommission beschreibt, dass man nachher das Vorgehen beschreibt, dass man Stellung nimmt zu den erarbeiteten Grundlagen, diese zusammenfasst und dokumentiert, dass man 13 Ziele

formuliert und diesen Zielen Leitsätze beistellt. Ich persönlich hoffe aber, dass diese Ziele und Leitsätze in der Zukunft nicht nur Vorsätze bleiben, sondern dass sie auch wirklich umgesetzt werden, dies im Interesse unseres Kantons. Wie gesagt, ich bin sehr zufrieden mit der Arbeit der Kommission. Ich werde aber in der Detailberatung zu drei Zielen kleine Änderungsanträge stellen. Der erste dient möglicherweise der Schliessung einer Lücke, der zweite einer kleinen Präzisierung und der dritte einer Schärfung. In diesem Sinn bin ich für Eintreten und freue mich auf die Detailberatung.

Crameri (Surava): Gestatten Sie mir auch im Namen der Mitte-Fraktion Ihnen, sehr geehrter Herr Standespräsident, lieber Seppo, die besten Glückwünsche zu Ihrer Wahl als Standespräsident zu überbringen, und selbstverständlich auch Ihnen, sehr geehrte Frau Standesvizepräsidentin, Silvia Hofmann.

Der Kommission für Staatspolitik und Strategie danke ich im Namen der Mitte-Fraktion für die Erarbeitung der übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2025 bis 2028 des Regierungsprogramms und des Finanzplans. Die Erarbeitung dieses Berichts ist in der Tat einzigartig, wie es Kommissionspräsident Rico Lamprecht ausgeführt hat und verlangt eine gute, sachliche und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament. Dass dies gelingen kann, beweist der vorliegende Bericht, und den Verantwortlichen sei dafür herzlich gedankt.

Nun, die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze haben für jedermann und jede Frau etwas drin und trotzdem ist die Wichtigkeit dieses Berichts nicht zu unterschätzen. Sie geben die politischen Leitplanken für die Jahre 2025 bis 2028 vor. Wir stellen damit die Weichen für die nächsten Jahre in diesem Kanton. Sie sehen, ich spreche lieber von Weichenstellungen als von Flughöhen und Flugebenen, weil ich lieber mit dem Zug unterwegs bin. Die Regierung hat sich an diesen Grundsätzen zu orientieren und daraus konkrete Massnahmen Jahr für Jahr abzuleiten. Sie sind damit Richtschnur und Leitfaden zugleich. Dass die Verwaltungstätigkeit lösungsorientiert und sich an den Bedürfnissen von Bevölkerung und Unternehmen zu orientieren hat, ist zu begrüssen. Der Kanton ist ein Dienstleistungsbetrieb im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft. Er sollte seine Aufgabe auch so wahrnehmen und das Ziel müssen rasche, unkomplizierte und bürgernahe Verfahren sein.

Besonders freut es die Mitte-Fraktion, dass auch die peripheren Räume wiederum in den Zielen und Leitsätzen eine wichtige Bedeutung erhalten haben, denn der Kanton Graubünden lebt von einer starken Wirtschaft, aber auch von seinen 150 Tälern, den Regionen und den Talschaften. Diesen gilt es Rechnung zu tragen, damit die Abwanderung verhindert und die Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen und Menschen in diesem Kanton und eben auch in den Talschaften möglich ist. Die Regionen müssen attraktiv sein, damit man auch hier Wohnsitz nimmt, arbeiten und leben kann. Nur so lebt der Kanton Graubünden. Für die Unternehmungen braucht es dazu erschlossenes, preiswertes und vor allem auch verfügbares Bauland. Nur so ist die Ansiedlung von

neuen Unternehmungen im Kanton Graubünden möglich.

Es ist deshalb auch richtig, wenn die Raumplanung ein eigenes Ziel erhält. Sie soll flexible Lösungen zulassen, wie es im entsprechenden Leitsatz dann auch heisst. Wir werden die Verwaltung dann auch daran messen. Es muss deshalb spätestens in der nächsten Planungsperiode der Auftrag Derungs betreffend Vereinfachung von Einzonung von Bauland bei konkreten Interessen erfolgen. Wir wissen, dass wir im Kanton Graubünden über 100 Hektaren Bauland auszonieren müssen. Es muss möglich sein, diese Flächen auf einfache Art und Weise wieder einzuzonen zu können, sobald dafür ein Bedürfnis, ein konkretes Bedürfnis besteht, ohne dass wir den ganzen Planungsprozess noch einmal durchlaufen müssen. Auch wenn es nicht mehr in den Leitsätzen steht, erwarten wir von der Mitte-Fraktion, dass sich die Raumplanung, und insbesondere auch die Ämter im Kanton Graubünden, weiterhin am Grundsatz «erlauben statt verhindern» orientieren. Dieser zentrale Grundsatz muss auch weiterhin Gültigkeit haben, und ich betone das mit Nachdruck.

Schliesslich gehört zu einem attraktiven Arbeits-, Wohn- und Ferienkanton Graubünden eine moderate Steuerbelastung. Verschiedene Massnahmen haben wir dazu in der Vergangenheit bereits ergriffen. Der Kanton muss attraktiv sein, damit wir Fachkräfte anziehen können, welche der Bündner Wirtschaft zur Verfügung stehen. Zudem muss ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehen für potenzielle Zuzüger, aber auch für die einheimische Bevölkerung, die bereits hier lebt. Ich bin der Überzeugung, dass die Raumplanungspolitik in den nächsten zehn Jahren zur grössten Herausforderung in diesem Kanton werden wird. Wie wollen wir uns entwickeln?

Zum Schluss freut sich auch die Mitte-Fraktion, dass die Grossraumbtierproblematik erstmals in diesem Bericht Eingang gefunden hat. Es zeigt, dass die Regierung und auch die Kommission die Entwicklung korrekt erkannt haben und es ein Schwerpunkt sein muss, den zunehmenden Konflikten zu begegnen und Lösungen zu finden. Wir sind sehr dankbar dafür, dass dieser Schwerpunkt, dieses Ziel auch Eingang in den Bericht gefunden hat, denn die Landwirtschaft ist sehr gefordert. Wir wissen es alle. Wir werden also alle auch weiterhin gefordert sein, auch die Regierung. Packen wir es an im Interesse der Bündnerinnen und Bündner und einer starken Wirtschaft, einem starken Tourismus und einer starken Landwirtschaft, damit auch die neuen, nächsten Generationen stolz sagen können: Do bin i gära dahai. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich das Wort dem Regierungspräsidenten.

Regierungspräsident Peyer: Sehr geehrter Herr Standespräsident, lieber Seppo, sehr geehrte Frau Standesvizepräsidentin, liebe Silvia, im Namen der Bündner Regierung gratuliere ich euch beiden ganz herzlich zu eurer Wahl und wünsche euch ein schönes, spannendes und interessantes Jahr.

Es wurde bereits ausgeführt, die Erarbeitung der politischen und strategischen Planungsinstrumente hat gemäss Art. 60 des Gesetzes über den Grossen Rat im Zusammenspiel zwischen der Regierung und dem Grossen Rat zu erfolgen. Die Grundlagen werden unter Wahrung der einzelnen Zuständigkeiten gemeinsam erarbeitet, genutzt und die Planung inhaltlich koordiniert. Die Regierung wird dann im Rahmen dieser Leitplanken das Regierungsprogramm und den damit verknüpften Finanzplan entwerfen. Diese Planungsgrundlagen wurden nun schon bereits zum fünften Mal in dieser Form inhaltlich koordiniert. Dieses, auch nach unserer Ansicht schweizweit einmalige System, führt dazu, dass sich Parlament und Regierung zuerst über die grundsätzlichen Ausrichtungen der politischen Arbeit in den nächsten vier Jahren verständigen. Die Regierung wird nun ihre Arbeit machen, gestützt auf diese inhaltlichen Vorgaben. Dieser iterative und konsensuale Prozess, dieses Vorgehen hat sich aus Sicht der Regierung bewährt.

Die Kommission für Staatspolitik und Strategie legt Ihnen einen fundierten Bericht vor, der die strategischen Herausforderungen und Handlungsfelder für die nächste Planperiode berücksichtigt und umfassend darlegt. Die übergeordneten politischen Ziele und Leitsätze zeigen der Regierung auf, wo die Kommission beziehungsweise der Grosse Rat mittel- bis längerfristig Handlungsbedarf sieht. Ihre Aufgabe, sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, ist es deshalb, diese von der Kommission erarbeitete Botschaft kritisch zu würdigen, allenfalls zu ergänzen oder Prioritäten anders zu setzen. Die Regierung wird sich an der Debatte grundsätzlich nicht beteiligen, ausser, wenn der Grosse Rat Klärungsbedarf von Regierungsseite verlangt.

Die Regierung wird dann anschliessend, wie bereits erwähnt, auf der Grundlage der von Ihnen verabschiedeten politischen Ziele und Leitsätze das Regierungsprogramm 2025 bis 2028 formulieren.

Die politischen Ziele und Leitsätze des Grossen Rats weisen naturgemäss einen erheblichen Abstraktionsgrad auf. Das wurde bereits erwähnt. Sie bedürfen deshalb einer entsprechenden operativen Konkretisierung. Diese erfolgt mittels konkreter Regierungsziele, daraus abgeleiteten Entwicklungsschwerpunkten und inhaltlich verknüpften Massnahmen. Die entsprechenden Vorarbeiten zur Erarbeitung des künftigen Regierungsprogramms haben wir aus zeitlichen Gründen bereits aufgenommen. Gestatten Sie mir im Namen der Regierung noch eine Schlussbemerkung: Auf uns warten grosse Herausforderungen. Das wurde hier auch schon mehrmals gesagt. Etwa die digitale Transformation innerhalb der kantonalen Verwaltung, der Klimawandel und die damit einhergehenden ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen, die Sicherstellung beziehungsweise Verbesserung der Standortattraktivität, die Bewältigung des Fachkräftemangels, die zunehmende Inflation, die Abwanderung sowie der demografische Wandel, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Regierung ist jedoch überzeugt, dass sich der Kanton Graubünden in einer guten Ausgangslage befindet und sich zuversichtlich aus einer guten Position heraus den kommenden Herausforderungen annahmen kann. Der Kanton Graubünden ist ein überaus lebenswerter Wohn- und Arbeitskanton. Er

verfügt über attraktive Wohnlagen, über eine breite und diversifizierte Wirtschaftsstruktur, über ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot sowie über eine starke und nachhaltige produzierende Landwirtschaft. Das Ziel des Regierungsprogramms 2025 bis 2028 wird es sein, die Entwicklungen des Kantons Graubünden positiv und im Sinn der Bürgerinnen und Bürger, aber auch unserer Gäste sowie der Unternehmen, zu gestalten. Dafür sollen die bestehenden Standortvorteile im Kanton konsequent genutzt und weiter ausgeschöpft werden. Neben der Bekanntheit des Kantons Graubünden als Erholungs- und Ferienstandort soll Graubünden auch als Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsort gezielt gefördert und gestärkt werden. Damit sollen die Weichen für eine weiterhin prosperierende Entwicklung des Kantons Graubünden gestellt werden. Die Regierung dankt Ihnen, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, schon heute für Ihre Unterstützung.

Und ganz zum Schluss noch eine kleine, organisatorische Mitteilung: Nach der Pause werden uns Regierungsvizepräsident Parolini und Regierungsrat Caduff verlassen müssen. Der Grund ist, dass heute Abend um 17.00 Uhr am Plantahof auf Einladung des Nationalratspräsidenten Martin Candinas ein Treffen mit den in der Schweiz ansässigen Botschafterinnen und Botschafter aus dem Ausland stattfindet. Rund achtzig Botschafterinnen und Botschafter aus der ganzen Welt werden dort anwesend sein und es ist deshalb auch erforderlich, dass eine Delegation der Regierung dort teilnehmen kann. Sollten im Verlauf der Debatte nach der Pause Fragen aufkommen, die Regierungsvizepräsident Parolini oder Regierungsrat Caduff betreffen, dann haben wir uns so organisiert, dass wir diese Fragen aufnehmen, und weil wir davon ausgehen, dass die Debatte morgen noch fortgesetzt wird, diese Fragen dann dort von ihnen beantwortet werden.

Standespräsident Caluori: Somit ist Eintreten zum Bericht nicht bestritten und beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Caluori: Wir schalten nun eine Pause ein bis 16.20 Uhr. Seien Sie bitte pünktlich wieder zurück.

Pause

Standespräsident Caluori: Würden Sie sich bitte setzen? Wir möchten fortfahren mit der Debatte. Ich bitte um ein wenig Ruhe im Saal. Wir fahren mit der Detailberatung fort. I. Übergeordnete politische Ziele und Leitsätze als Strategieinstrument des Grossen Rats. A. Einleitung. Herr Kommissionspräsident.

Detailberatung

Lamprecht; Kommissionspräsident: Zur Einleitung habe ich seitens der KSS keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? B. Gesetzliche Grundlagen.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Auch zu den gesetzlichen Grundlagen wurde in der Eintretensdebatte alles ausführlich erklärt.

Standespräsident Caluori: Gibt es hierzu von weiteren Kommissionsmitgliedern oder aus dem Plenum Wortmeldungen? C. Bedeutung und Funktion.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Gibt es Wortmeldungen aus der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Nicht der Fall. D. Vorgehen.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Beim Vorgehen kann vielleicht noch einmal festgehalten werden, dass die KSS die Möglichkeit hatte, wie vor vier Jahren auch, mit Dr. Daniel Kübler zu arbeiten, der auch Inhaber des Lehrstuhls für Demokratieforschung und Public Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und Direktionsvorsitzender des Zentrums für Demokratie in Aarau ist. Dies hat natürlich der KSS wieder die Möglichkeit gegeben, sich wirklich auf die Ziele und die formulierten Leitsätze zu konzentrieren. Wir sind dankbar, dass wir wieder dieses Mittel einsetzen durften, dass auch die Präsidentenkonferenz den Kredit bewilligt hat. Ich denke, es ist für die KSS doch ein wichtiger Schritt und auch nicht immer so einfach, wenn man die ganzen Formulierungen selber schreiben müsste.

Standespräsident Caluori: Gibt es Wortmeldungen aus der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? E. Zusammenfassung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Wortmeldungen aus der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? F. Übersicht politische Planung im Kanton Graubünden. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Bei F. möchte ich doch darauf hinweisen, dass es Seite zwölf in unserem Büchlein ist. Es ist diese grafische Darstellung, die vor vier Jahren das erste Mal ihre Anwendung hatte, wo auch genau aufgezeigt wird, wer wann und in welcher Position ist. Und wenn Sie sehen, unten ist immer so ein Signet, so ein Haus abgebildet, und das wäre dort, wo das Parlament zuständig ist. Ich denke, für jedes Ratsmitglied ist es wichtig. Mit dieser Grafik kann man immer genau feststellen, wo haben wir Mitwirkung oder auch Beschlüsse, und deswegen ist diese Darstellung noch sehr wichtig.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann fahren wir weiter mit II. Trends und strategische Herausforderungen für die Planungsperiode 2025 bis 2028. Herr Kommissionspräsident.

II. Trends und strategische Herausforderungen für die Planungsperiode 2025 – 2028

Lamprecht; Kommissionspräsident: Unter Trends möchte ich festhalten, es sind fünf Trends, die hier dargestellt werden. Die Quellen sind in den einleitenden Sätzen dargestellt. Es sind ja diese Megatrends und abgebildet wird dann die Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Ökologie und Umwelt und Technologie. Dies hat natürlich vor allem Prof. Dr. Kübler mit seinen Mitarbeitern für uns verfasst und die KSS hat dann in der Detailberatung dann noch das eine oder das andere vielleicht angepasst oder nicht so geschrieben. Aber im Grossen und Ganzen widerspiegelt es natürlich die Arbeit von Prof. Dr. Kübler, und es sind die Megatrends, die dann benutzt werden, um nachher bei den Zielen und Leitsätzen die Formulierungen zu gestalten.

Standespräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen aus der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? 1. Gesellschaft a) Bevölkerungsentwicklung und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? b) Alterung der Gesellschaft. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Grossrätin Baselgia, Sie haben das Wort.

Baselgia: Als Präsidentin der Pro Senectute Graubünden erachte ich es als richtig, dass bei den Megatrends die Demografie aufgegriffen wird. Die demografische Entwicklung wird im Kanton Graubünden auffälliger sein als in den meisten anderen Kantonen der Schweiz, und zwar auffällig in zweierlei Hinsicht: Die erwerbstätige Bevölkerung wird bis ins Jahr 2050 um etwa 20 000 Personen abnehmen. Die Menschen über 65 Jahre werden demgegenüber aber um etwa 20 000 Personen zunehmen. Das stellt den Kanton vor grosse Herausforderungen, denen wir nicht erst im Jahr 2050 begegnen können. Diesen Herausforderungen müssen wir uns jetzt stellen. Für die Erwerbstätigen müssen wir unseren Kanton attraktiv machen mit interessanten Arbeitsplätzen, mit guten Bildungsangeboten, vor allem aber auch mit bezahlbarem Wohnraum und zeitgemässen Kinderbetreuungsangeboten. Bei den über 65-Jährigen müssen

Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche das selbstständige Leben auch im hohen Alter ermöglichen, damit Pflegepersonal und Pflegebetten nicht noch stärker beansprucht und damit zur absoluten Mangelware werden. Z. B. darf die forcierte Digitalisierung nicht dazu führen, dass sich der digitale Graben weiter öffnet und vertieft, wie dies auf Seite 17 dieser Botschaft beschrieben wird. Digitale Lösungen sollen das Leben vereinfachen, und zwar das Leben für alle Personen vereinfachen und nicht verkomplizieren. Da ist das vom Kanton mitfinanzierte Venda-System wohl ein Negativbeispiel par excellence. Ältere Menschen werden durch Venda von der aktiven Teilhabe ausgeschlossen, weil sie sich nicht mehr trauen, Bus zu fahren. Ältere Menschen werden mit solchen und mit allenfalls weiteren Digitalisierungsmonstern gezwungen, das selbstständige Wohnen aufzugeben und sich einen Platz im Pflegeheim zu suchen. Um selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden auch im hohen Alter zu gewähren, braucht es aber neben guter medizinischer Betreuung wie durch die Spitex auch Angebote wie Beratung und psychosoziale Betreuung im Alter. Dadurch kann das selbstständige Wohnen verlängert und die Zeit in stationären Einrichtungen hinausgeschoben werden. Dies entlastet teure stationäre Angebote entscheidend. Der Kanton Zürich z. B. hat dies erkannt und ist daran, die psychosoziale Betreuung im Alter gesetzlich zu verankern. Ich fordere die Regierung auf, dem Megatrend Alterung der Gesellschaft im nächsten Regierungsprogramm mit konkreten Massnahmen zu begegnen und bin gespannt auf die Vorschläge der Regierung.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen? Fahren wir fort mit c) Neue soziale Risiken.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? d) Gesundheitspolitik. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? e) Digitalisierung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? 2. Staat. a) Herausgeforderte Demokratie. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum?

b) Internationalisierung der Schweizer Politik. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? c) Entwicklung des Föderalismus. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? d) Gewährleistung der Sicherheit. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? e) Verhältnis peripherer Räume zu den Zentren. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? 3. Wirtschaft. a) Verschärfter Standortwettbewerb. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? b) Dekarbonisierung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? c) Abwanderung aus peripheren Räumen. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? d) Entwicklung des Tourismus. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? 4. Ökologie und Umwelt. a) Einschränkung der Bodennutzung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? b) Naturgefahren. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Hier war ein Antrag der KUVe, den aber die KSS abgelehnt hat, denn in diesem Bereich sind Änderungen nicht möglich, weil über diesen wird nicht abgestimmt. Deswegen hat man diesen Antrag zurückgewiesen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Dann gebe ich dem Grossrat Wilhelm das Wort.

4. Ökologie und Umwelt

b) Naturgefahren

Antrag KUVe

Ergänzen Text auf S. 28 wie folgt:

...welche eine Bedrohung für Mensch, Tier und Infrastrukturen darstellen **und die Baumartenzusammensetzung des Waldes, insbesondere des Schutzwaldes gefährden.**

Antrag KSS

Nichteintreten

Wilhelm; Kommissionspräsident: In einstimmiger Übereinkunft mit den Mitgliedern der KUVe möchten wir nicht an unseren Anträgen festhalten respektive diese zurückziehen. Ich erläutere kurz die Gründe und zwar für beide Anträge, auch denjenigen, der dann nachher beim betreffenden Ziel noch zur Sprache kommen würde. Ich werde mich dann dort nicht mehr zu Wort melden. Wie alle Kommissionen wurde auch die KUVe aufgefordert, den vorliegenden Bericht der KSS betreffend den Erlass übergeordneter Ziele und Leitsätze zu sichten und einen allfälligen Mitbericht zu verfassen. Die KUVe befand die ihre Themenfelder betreffenden Ausführungen als sehr stimmig und bedankt sich bei der KSS für die hervorragende Arbeit.

Auf Anstoss von Kommissionsmitglied Danuser wollte die Kommission jedoch der Thematik des Waldes und im Besonderen der Pflege des Schutzwaldes eine entsprechende Gewichtung beimessen. Dies nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass jedes zweite Haus in Graubünden, etwa zwei Drittel des Schienennetzes der Rhätischen Bahn, hunderte von Strassenkilometern und zahlreiche touristische Infrastrukturen durch Schutzwald geschützt sind, und weil sich die nachhaltige Pflege des Schutzwaldes um ein Vielfaches günstiger zeigt als der Bau und der Unterhalt künstlicher Schutzbauten. Damit der Wald nachhaltig und langfristig die hohen Ansprüche von Politik, Bevölkerung und Gästen in unserem Kanton erfüllen kann, ist seine Verjüngung dringend nötig. Diverse Beispiele im Kantonsgebiet, diverse Kontrollaufnahmen und wissenschaftliche Arbeiten bestätigen den entsprechenden Handlungsbedarf. Auch die Regierung hat das Defizit in der Waldverjüngung erkannt und die

«Strategie Lebensraum Wald-Wild 2021» verabschiedet. Die KUVe regte aus erwähnten Gründen an, im Rahmen des Mitberichtsverfahrens, mit ihren Anträgen eine Aufnahme der Thematik im Bericht der KSS. Wie Sie den Voten und Protokollen im Eintreten entnehmen konnten, empfiehlt die KSS die entsprechende Aufnahme in den Bericht aber nicht. Die Anträge bzw. das Anliegen gehe zu stark, zu weit ins Detail. Die Relevanz und Bedeutung des Schutzwaldes allerdings sei unbestritten und das Anliegen einer stärkeren Resilienz des Schutzwaldes wurde bei der Erarbeitung des Berichts lange diskutiert. Wie andere Einzelanliegen sei es zudem im übergreifenden Wortlaut des entsprechenden Ziels der Leitsätze berücksichtigt, etwa in der Aussage, dass wichtige Ökosysteme, die im Interesse des Natur- und Umweltschutzes, des Tourismus und der Lebensqualität der betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner unterhalten und erhalten werden sollen. Zudem verweist auch die KSS auf die bereits existierende «Strategie Lebensraum Wald-Wild 2021». Die KUVe möchte keinesfalls die Rolle der KSS als Wächterin über den Detaillierungsgrad oder wie es heute häufiger genannt wurde, die Flughöhe streitig machen, kann die entsprechenden Argumente nachvollziehen und zieht die entsprechenden Anträge zurück. Damit verbunden ist aber natürlich auch die Erwartung der KUVe an die Regierung, der Verjüngung des Waldes selbstverständlich unter Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse im Rahmen des Regierungsprogramms entsprechend hohes Gewicht beizumessen. Wir danken der KSS für die Prüfung unseres Anliegens und Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit.

Der Antrag der KUVe wird zurückgezogen.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? c) Energiepolitik. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Berther, Sie haben das Wort.

Berther: Gl'emprem less jeu haver gratulau a nies president dil Cussegl grond sin sia honorifica elecziun. Quei fa plascher. Ed aunc pli grond plascher hai jeu giu da tiu motto che ti has per tiu onn presidial. Jeu giavischel bien maun e bia success e che ti vegnies da girar per gl'entir cantun entuorn. Lu less jeu era haver gratulau a la vicepresidente per la honorifica elecziun, Silvia Hofmann, tut bien sco vicepresidente. Miu tema ei la energia. Cu ins ha persequitau e legiu, quei che la Cumissiun da strategia dal stadi ha fatg, hai jeu il sentiment ch'ei han in tec negligiu, quei che pertucca nies express solar. Gl'atun vargau han las combras dil Cussegl naziunal e dil Cussegl dals stans decidu pertuccont quei express solar, ch'ins ha enteifer 2 onns peda da realisar grondas ovas alpinas tochen 2 terawatts. Jeu hai giu il sentiment ch'il cantun Grischun ei vegnius surpris da quei. Sch'ins ha viu avon ch'ins ha giu informaziuns – jeu maneghel che

quei ei forsa stau ina sorpresa buc mo per il cantun Grischun, mobein era per auters cantuns. Jeu spetgel naturalmein ch'il cantun Grischun hagi bunas colligiazions cun tschels cantuns e naturalmein cun la Confederaziun. Igl ei impurtont, cu ei dat da quellas decisziuns, ch'ei va spert e che las vischnauncas e las fatschentas pertuccadas san agir. Vus tuts saveis: Quella sfida pertuccont il solar-express ei enorma e tut quels ch'ei involvi san, tgei che quei vul dir. Jeu spetgel naturalmein cheu, che la Regenza intervegni sin palancau naziunal / federal, perquei che nus vegnin tgunsch buc da realisar aschi spert quellas ovas, perquei ch'igl ei buc aschia ch'ei dess buc capacitads – forsa – da lavur, aber era il material ei ina sfida sin quei temps. Cheu vess jeu ussa spitgau ch'ins vess forsa in tec tematisau quei. En quei senn spetgel jeu che la Regenza vegni activa, ch'ei improvian, sco quei ch'il Cussegl federal ha gie schon stuiu midar ina ga – ils 17 da mars hani gie schon decidu da midar in pèr premisas. Ed jeu sperel ch'ei fetschien aunc quei e schiglioc ei il volum da lavur enteifer dus onns aschi gronds ch'ei dat silsunter forsa ensem. Quei ha lu era igl effect sils prezis e sin tut. Cheu sa la Regenza vegnir activa sco durent il temps da corona, cu ei han era adina mussau ch'ei san esser activs. Lu spetgel jeu naturalmein, cu ei va per il retuorn da tschep da las auas hidraulicas ch'ei seigien preparai. Quei pretenda naturalmein ch'ins ei in tec or dil «hon». Cheu eisi impurtont che la Regenza, il Cussegl grond e naturalmein l'administraziun seigien perparai per quellas sfidas. Sche quei vegn tut surura, sche ein ins magari lu buc preparai. Cheu ston ins ad uras metter sin via, haver strategias, saver tgei ch'ins vul e sch'i drova, lura naturalmein era far diever da cussegliazion da spezialists. Quei ch'ei dat gie dapertut. En quei senn level jeu semplamein far attent sin da quellas caussas. Jeu hai giu il sentiment che quei seigi vegniu in tec alla cuorta. Jeu hai buc vuliu prender quei sut las directivas: leu vein nus 12, leu vein nus energia. Leu vegn quei ad esser plitost, quei ch'ei fetg impurtont, aber far attent sin certas caussas ei stau ord mia vesta fetg impurtont. En quei senn engraziell jeu e dun anavos il plaid.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? 5. Technologien a) Digitalisierung. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? b) Medienwandel. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Somit kommen wir zu III. Übersicht Ziele vergangener Planungsperioden. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: III. Übersicht Ziele vergangener Planungsperioden, das ist neu in diesem Büchlein, war letztes Jahr noch nicht so. Und wenn wir hier feststellen, Planungsperiode 2009 bis 2012 mit 6 Zielen, danach mit bedeutend mehr, 13 Zielen, wie in diesem Jahr, und dann 8 Ziele, dann 14 Ziele, und so, wie auch Grossrat Hug schon am Anfang mitgeteilt hat, möchte man eigentlich weniger Ziele. Dies hat die KSS, die Kommission auch probiert, aber musste dann feststellen, dass es gar nicht so einfach ist, alles abzudecken mit weniger Zielen. Aus diesem Grund kommt man auch in dieser Planungsperiode wieder auf 13 Ziele. Vielleicht werde ich dann noch bei der Detailberatung konkretisiert etwas zu den Zielen sagen, wo die KSS eigentlich versucht hat, auch Ziele einzusparen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Kommen wir zu IV. Übergeordnete Ziele und Leitsätze 2025 bis 2028. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Die KSS hat seit Februar 2023 an diesen Zielen gearbeitet, auch in enger Zusammenarbeit mit Prof. Kübler und dann auch mit der Regierung. Und ich möchte hier vorweg schon einmal der Kommission sehr danken für die grosse Arbeit, die wir geleistet haben in diesem letzten halben Jahr. Ich selber war eigentlich eher überrascht, dass es doch sehr aufwändig ist, obwohl ich bereits beim ersten Mal vor vier Jahren auch schon dabei war. Aber als Präsident sieht man doch noch weit mehr vom Aufwand, den es braucht, um diese Ziele und diese Leitsätze zu formulieren und zur Zufriedenheit für alle zu präsentieren. Die KSS besteht natürlich auch aus mehreren Fraktionen, und von dem her kann man davon ausgehen, dass eigentlich die meisten Wünsche und Begehren abgedeckt sind. Nichtsdestotrotz haben wir gesehen, es gibt noch kleine Begehren, einmal durch Grossrat Pfäffli oder auch die KUVe, die mittlerweile ihren Antrag aber zurückgezogen hat. Aber ansonsten können wir, glaube ich, sehr zufrieden sein und ich freue mich auf die Detailberatung jetzt durch diese 13 Ziele, die wir formuliert haben. Deswegen zurück an den Präsidenten.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Bevor wir nun zu den Zielen und Leitsätzen kommen, möchte ich meine Vorgehensweise erläutern: Ich möchte sowohl die Ziele als auch die Leitsätze separat zur Diskussion stellen. Ich beginne mit Ziel 1 Dienstleistungen des Kantons. Herr Kommissionspräsident.

Übergeordnetes politisches Ziel 1 und Leitsätze

Antrag KSS

Gemäss Bericht

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ziel 1 Dienstleistungen des Kantons Graubünden. Dies war ein Ziel, wo die KSS am Anfang gedacht hatte, ja, brauchen wir das wirklich? Können wir nicht davon ausgehen, dass bei der Dienstleistung des Kantons, dass das eine Selbstver-

ständlichkeit ist? In der Diskussion musste man aber dennoch feststellen, dass es sehr wichtig ist, dass hier die Regierung klare Vorgaben hat und auch Leitsätze und auch mit dem Ziel klar definiert ist, was die Erwartungen zum einen von der Kommission sind und jetzt auch vom Grossen Rat. Aus diesem Grund blieb dann das Ziel 1 mit Dienstleistungen des Kantons Graubünden stehen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Kommissionsmitglied Maurizio Michael, Sie haben das Wort.

Michael (Castasegna): Io intervengo, cerco di rispettare le indicazioni del presidente nelle quali ha ci ha orientati che intende discutere separatamente dell'obiettivo e poi delle frasi che vanno ad esplicitare o a tematizzare l'obiettivo stesso. Si potrebbe dire che l'obiettivo numero 1, partendo dal titolo, è un obiettivo banale. Nella discussione fatta anche all'interno del nostro gruppo parlamentare c'è chi ha parlato di una «Selbstverständlichkeit», una questione ovvia, oppure un'ovvietà. Se siamo sinceri questa ovvietà la troviamo all'interno di questo Consiglio, la troviamo spesso anche fuori, parlando con la popolazione, ma non la vediamo sempre, per fare un po' la differenza, nelle azioni concrete, soprattutto della nostra amministrazione. Quindi spesso l'amministrazione si pone a un livello che non è un livello di prestatore di servizio per la popolazione, per le imprese, come sta scritto anche nella spiegazione, ma è una prestazione che dice: «Noi siamo il Cantone e voi dovete ubbidire e voi dovete prestare. Noi definiamo le regole e voi dovete adeguarvi alle regole che noi definiamo.» Questo problema lo notiamo in alcuni servizi che sono molto vicini alla popolazione, che sono molto vicini e necessari per le attività imprenditoriali e dove la prestazione di servizio ogni tanto viene un po' dimenticata. Ci sono degli esempi concreti che non voglio andare a citare ma mi permetterò poi di segnalare anche ai singoli Consiglieri di Stato perché credo che l'amministrazione da questo punto di vista debba fare un salto di qualità.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Kommission? Ist nicht der Fall. Dann gebe ich das Wort Grossrat Loi.

Loi: Signor presidente del Gran Consiglio, congratulazioni anche da parte mia. Le auguro un piacevole anno con molto successo e piacere.

Nun wechsele ich auf Deutsch. So haben mich alle verstanden mit der Simultanübersetzung. Was wir da lesen, kommt genau so daher, wie wir es gerne haben. Wie viele Voten haben wir in den letzten Jahren zu diesem Thema schon gehört, eben, die Verwaltung müsse lösungsorientiert, bürgernah, schlank und auf ein absolutes Minimum reduziert arbeiten, damit unser Staatssystem funktioniert. Doch leider stellen wir fest, dass oft genau das Gegenteil geschieht und die Verwaltung wird immer träger, komplizierter, ineffizienter und aufwändiger. Konkrete Begründungen, warum dies so ist, wenn man sich einmal höflich darüber beschwert, gibt es selten. Man hört oft, dass der Fachkräftemangel ein Grund dafür

sei. Der Verdacht kommt auf, dass viele Bedienstete sich ihrer Funktion nicht ganz bewusst sind. Das Arbeitsmotto sollte für sämtliche kantonalen Angestellten auf allen Ebenen sein, für den Bürger da zu sein, effizienter zu arbeiten, zeitnah zu entscheiden und die gesetzlichen Bestimmungen und politischen Ziele, wenn immer möglich, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Die Verwaltung soll den Menschen in unserem Kanton dienen, deren Arbeit soll Nutzen und Mehrwert für alle bringen. Der Leitsatz ist eigentlich hervorragend formuliert. Also, setzen Sie ihn konsequent um, indem Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anhalten, sich wortwörtlich an dieses Ziel 1 zu halten.

Kasper: Ziel 1 Dienstleistungen des Kantons, ich zitiere: «Effiziente und transparente Abläufe sicherstellen.» Mit dieser Formulierung sollte eigentlich alles klar sein. Leider wird dieses Ziel in Bezug auf Effizienz vielfach bei Weitem nicht erreicht, was die Gemeinden, Unternehmungen und die Bevölkerung immer wieder vor grössere Probleme stellt. Die Antworten fallen dann jeweils sehr ausführlich aus. Ich habe immer mehr den Eindruck, die kantonalen Ämter beschäftigen sich gegenseitig, was nicht zur Effizienzsteigerung beiträgt. Möglicherweise sind an dieser Entwicklung die Empfänger nicht ganz unschuldig. Unsere Ansprüche dazu nehmen, in den Gemeinden nicht ausgenommen, stetig zu, werden immer gesteigert, was mit den Bedürfnissen und den Ansprüchen der Bevölkerung zunehmend nicht mehr vereinbar ist. Wir hier drinnen beschäftigen uns zunehmend auch mit uns selbst. Zumindest empfinde ich das in der laufenden Legislatur so. Die Verwaltung wird durch die vielen Aufträge und Anfragen übermässig beschäftigt, also sind wir in einer gewissen Verantwortung und teils sogar mitschuldig an einer dahingehenden Entwicklung. Ich wünsche mir in den nächsten Jahren, durch rasche, lösungsorientierte Entscheide das vorgegebene Ziel 1 zu erfüllen. Das verstehe ich unter guten Dienstleistungen.

Metzger: Sehr geehrter Herr Standespräsident, auch meine Gratulation noch zur Wahl.

Der Inhalt des Ziels 1 ist, und da schliesse ich mich den Vorrednern an, an und für sich selbstverständlich. Er müsste damit nicht als Ziel aufgeführt sein. Dass die Kommission dieses Ziel trotzdem uns zum Beschluss präsentiert, beweist Leadership, beweist, dass wir als Parlament der Regierung das vorgeben müssen, weil es eben keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Für die Zielformulierung daher besten Dank an die Kommission. Ziel muss also besserer Bürgerservice und grössere Bürgernähe sein. Die Verwaltung muss nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft aufgestellt werden. Für die Bevölkerung ist es oft andersherum, dass nämlich Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft sich nach der Verwaltung richten müssen. Dieser Zustand muss sich ändern. Das ist eine Mentalitätsfrage in der Verwaltung. Verwaltungstätigkeit darf nie Selbstzweck sein, sondern muss dem Bürger dienen. Sie muss den Bürgerinnen und Bürgern und den Service am Menschen und damit auch an seiner Wirtschaft mit ihren Betrieben und Unternehmen, die ihm Wohlfahrt

garantieren, in den Mittelpunkt stellen. Verwaltungstätigkeit muss sich daran messen lassen, was sich für den Bürger und die Wirtschaft mit ihren Betrieben und Unternehmen verbessert. Ich unterstütze die Voten meiner Vorredner Michael, Loi und Kasper vollumfänglich. Trotzdem beantrage ich Ihnen noch einen kleinen Änderungsantrag. Er soll lediglich der Präzisierung dienen und etwas die Wirtschaft und die Betriebe und Unternehmen hervorheben. In der Zielformulierung sei die Formulierung, ich zitiere, «von Bevölkerung und Unternehmen», Zitat Ende, zu ersetzen durch, ich zitiere, «der Bevölkerung sowie der Wirtschaft, ihrer Betriebe und Unternehmen», Zitat Ende.

Antrag Metzger

Ergänzen Ziel wie folgt:

Die Verwaltungstätigkeit lösungsorientiert an den Bedürfnissen **der Bevölkerung sowie der Wirtschaft, ihrer Betriebe** und Unternehmen ausrichten, effiziente und transparente Abläufe sicherstellen, die Möglichkeiten der digitalen Transformation systematisch nutzen und die Wirksamkeit des staatlichen Handelns regelmässig überprüfen.

Standespräsident Caluori: Grossrat Metzger, könnten Sie diesen Antrag schriftlich formulieren? Dann fahren wir mit der Debatte fort. Ich gebe Grossrat Bettinaglio das Wort.

Bettinaglio: Vorweg kann auch ich festhalten, dass ich das Ziel 1 Dienstleistung des Kantons als richtig ansehe. Ich gehe mit der Kommission vollständig einig. Die zahlreichen Wortmeldungen zum Ziel glaube ich bestätigen die Kommission. Es handelt sich um die Kernaufgabe der Regierung, dass die Verwaltung lösungsorientiert und bedürfnisgerecht agiert. Das ist auch nicht ein Ziel, welches man erreicht und danach abhaken kann. Nein, es ist eine wichtige, kontinuierliche Aufgabe, welche wahrgenommen werden muss.

Wir haben es gehört, in der Debatte bietet sich die Möglichkeit, der Regierung Wünsche und Anliegen zu überbringen für die Planungsperiode 2025 bis 2028. Ich möchte hier ein Anliegen platzieren. Dabei komme ich auf einen spezifischen Teilsatz des Ziels eins zu sprechen. Es heisst darin «die Möglichkeiten der digitalen Transformation systematisch zu nutzen». Ich begrüsse diese Ergänzung ausdrücklich und ich hoffe sehr, dass sich die Regierung das Ziel und insbesondere diese Aussage zu Herzen nimmt. Für mich bedeutet systematisch, dass die Regierung planmässig und konsequent die Dienstleistung des Kantons digital transformiert. Es setzt also erstes einen Plan voraus, wie die Prozesse digitalisiert werden können, und andererseits ist in dem Wort «systematisch» ein klarer Wille und Fokus herauszulesen, dies auch zu tun.

Ich muss zugeben, dass ich heute nicht überzeugt bin. Die Regierung mag einen Plan haben, die Digitalisierung über die gesamte Verwaltung umzusetzen. Die Konsequenz, wie sie diesen Plan verfolgt, ist für mich jedoch nicht ersichtlich. Ich erkläre Ihnen auch weshalb. Die Regierung hat die Botschaft zum Erlass des E-Government-Gesetzes veröffentlicht. Wir werden das Gesetz in

der Oktobersession behandeln. Die Mitte Graubünden hat in der Vernehmlassung gefordert, dass die kantonalen Behördenleistungen so rasch als möglich auch digital verfügbar sind. Wir haben es auch in der Eintretensdebatte gehört. Mit dem Arbeitskräftemangel ist es wichtig, dass Interaktionen mit der Verwaltung für die Bevölkerung und Unternehmen effizient ablaufen. Auch ist es für die Verwaltung relevant, effizienter zu werden, wenn die Arbeitskräfte nicht rekrutiert werden können. Deshalb hat die Mitte Graubünden in ihrer Vernehmlassung gefordert, dass eine Frist festgelegt wird, bis wann die Behördenleistungen digital verfügbar sind. Wir haben sportliche fünf Jahre gefordert. Das gebe ich zu. Vielleicht muss die Frist verlängert werden. Ich möchte Ihnen jedoch mitgeben, dass es absolut notwendig ist, eine Umsetzungsfrist zu definieren. Sonst werden wir nie eine Vorreiterrolle einnehmen und immer nur das Notwendige machen, und das ist zu wenig. Davon bin ich überzeugt. Ich bin also zufrieden mit der Formulierung des Ziels, wünsche mir aber in der kommenden Planungsperiode mehr Konsequenz in der Umsetzung der Digitalisierungsmöglichkeiten von der Regierung.

Hartmann: Sehr geehrter Herr Standespräsident, auch meinerseits herzliche Gratulation zu Ihrer glanzvollen Wahl.

Ich würde dem Rat und der Regierung gerne etwas zur lösungsorientierten Verwaltungstätigkeit an den Bedürfnissen der Bevölkerung berichten. Hierzu lege ich meine Interessen offen. Ich bin Projektleiter bei der Zusammenführung von sieben traditionsreichen 300-Meter-Schützenvereinen mit sieben Gemeinden im Mittleren und Hinteren Prättigau. Das Projekt sieht vor, das bestehende 300-Meter-Schützenhaus in Küblis um fünf Meter nach links zu verschieben, damit der bestehende Rad- und Wanderweg auf die gegenüberliegende Hausseite gelegt und damit aus der Schusslinie genommen werden kann und nicht jeweils abgesperrt werden muss. Der in 300 Meter entfernte Scheibenstock ist seit 1969 mit acht Zielscheiben bestückt. Bis ins Jahr 2010 wurden diese acht Zielscheiben gemäss der Militärgesetzgebung und deren Verordnung aktiv genutzt. Durch die in den letzten Jahren eingeleitete Reduktion der obligatorischen Schiesspflichtangehörigen der Armee in der Gemeinde Küblis wurden in den letzten 13 Jahren nur noch sechs Zielscheiben genutzt. Dadurch konnte sich die rechtsseitige Waldgrenze ohne zu fragen etwas nach rechts ausdehnen.

Durch das Zusammenführen haben sich die Anzahl Dienstpflichtige für diese regionale Schiessanlage massiv vergrössert. Dadurch wurde es auch notwendig, die zwei nicht mehr genutzten Zielscheiben wieder in Betrieb zu nehmen. Die vom VBS herausgegebenen technischen Sicherheitsanweisungen schreiben vor, dass links und rechts der Schusslinie ein Mindestabstand von je fünf Metern eingehalten werden muss. Können Sie sich nun vorstellen, was die Reaktivierung der zwei Zielscheiben wohl nun alles ausgelöst hat? Zuerst gab es mit allen Involvierten eine örtliche Begehung, d. h. dem eidgenössischen Schiessoffizier, einer Gemeindevertretung, einer Bürgergemeindevertretung als Waldeigentümerin, die regionale Forstvertretung und einer Vertre-

tung des Amts für Wald und Natur. Dadurch wurde das Ganze ausgemessen und die neue Waldgrenze durch das Amt für Wald und Natur auf die alte Waldgrenze zurückgesetzt und in einem neuen Plan festgehalten. Verdankenswerter Weise unterstützte das Amt für Wald und Natur die nicht sachkundige Projektleitung beim Ausfüllen der Rodungsformulare. Dadurch wurden alle Formulare auch von der Waldeigentümerin ordnungsgemäss unterzeichnet. Das Rodungsgesuchformular wurde zusammen mit dem BAB-Gesuch bei der Gemeinde und durch diese beim Kanton eingereicht. Das ARE prüfte das BAB- und das Rodungsgesuch und sandte das Gesuch mit der Begründung, das Amt für Wald und Natur müsse hierzu vorerst eine Vorprüfung vornehmen und eine eigene Stellungnahme abgeben, zurück. Nun verlangte das AWN eine erneute Gesuchstellung mit einer zusätzlichen Unterschriftregelung von der Bürgergemeinde. Da es in den letzten mehreren 100 Jahren bei der Bürgergemeinde noch nie ein schriftliches Unterschriftendokument gebraucht hat, musste dies natürlich auch noch erstellt werden. Dadurch konnte das Rodungsgesuch erneut beim ARE eingereicht werden. Nun konnte das Gesuch behandelt und mit einer Auflage um Ersatz respektive Erstellung eines Biotops genehmigt werden. Die Rechnungsstellung des ARE und des AWN für das Projekt betrugen dann auch über 3000 Franken. Es ist möglich, dass sich die Verwaltung solche formalen Auflagen zum Selbstschutz auferlegt hat. Hier vermissem ich aber die Verhältnismässigkeit sowie den gesunden Menschenverstand und es widerspricht dann vielleicht auch der gesetzlichen Zielsetzung «lösungsorientiert an den Bedürfnissen der Bevölkerung». Dass ich meine Äusserungen auf das Jahr 2020 beziehe, verstehe ich, dass das Ziel Nummer 1 letztes Jahr noch nicht bei der Verwaltung angewendet werden konnte. Ich hoffe, dass sich die Regierung und deren Verwaltung die Zielsetzung Nummer 1 dann spätestens ab 2025 auch wirklich zu Herzen nimmt und dann spätestens ab diesem Zeitpunkt versucht, ein bisschen mehr gesunden Menschenverstand in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen. Ich habe geschlossen.

Tomaschett: Sco entschatta ina cordiala e sincera gratulaziun a ti car Seppo per tia honorifica elecziun sco tgamun dil Cussegl grond. Era a ti Silvia ina cordiala gratulaziun sco secund tgamun. Jeu pren la caschun da dar al ARE in pèr fluras anavos oz. E quei fetsch jeu en quei senn ch'els fan propi in bien job. Nus vein sco emprema finamira – quei ditgel jeu sin tudestg – «Dienstleistungen des Kantons». Il plaid «Dienstleistungen» semetta ensemen or da dus plaids: dienen und leisten. E tgi savess meglier, tgei che quei vul dir, che nus el cantun Grischun che luvrein el turissem. Nus savein bein, tgei che quei vul dir: prestar e survir, buc mo al hosp – era a nossa clientella ed a nos pagataglias. Casualmein hai jeu astgau prender part oz endamaun ad in cuors che pertuccava in program digl ARE. Per las vischnauncas – notabene per las vischnauncas ch'eiin buc en in possess dad in process digital per prender encunter damondas da baghegiar – han quels elavurau in concept digital. Ed oz avonmiezdi, naven dallas 9.00 tochen entuorn las 11.00, ha igl ARE dau a las vischnauncas che

han interess vi da quei concept in'emprema egliada en quei concept. Ed jeu hai fatg si gronds eglis, cun tgei schlontsch, cun tgei concept, cun tgei tempra che colluvreras e colluvriers digl ARE ein stai cheu davostier ed han presentau allas vischnauncas ina fetg, fetg buna ed effizienta caussa. Ed jeu pretendel ussa dad astgar dir, ch'il cantun ha capiu bein quei plaid «prestar e survir» enviers il pagataglia ed enviers il secund stadi, pia era enviers las vischnauncas. Pli baul devi ina reclama dad auto – jeu sai buc, tgei marca che quei era pli aber – leu scheva quel (il «claim») il davos: Das Auto hält, also die Marke hält, was sie oder was das Auto verspricht. Ed exact il medem astgass ins oz era dir dil cantun: il cantun ha empermess al pagataglia, aber era a nus parlamentar, schon daditg ch'els seigien vi dalla transformaziun digitala ed oz pia han els astgau presentar ina fetg geniala caussa a vischnauncas, quei che pertucca il process da dar en lubientschas da baghegiar e pli tard er ina gada d'arcunar las lubientschas da baghegiar. Jeu engraziell en quei senn pil cantun, ch'els lavuran cheu davostier, ch'els mettan entuorn la digitalisaziun ed astgel attestar – er sch'il parsura dil departament Caduff ei buc cheu – less jeu supplicar ch'ils cussegliers guvernativs Maissen e Peyer portian quels buns salids al Marcus Caduff e dian da far quei exact aschia vinavon. Jeu sun fetg cuntents cun quei pass.

von Ballmoos: Auch ich gratuliere euch beiden zur Wahl und wünsche euch viel Glück und viel Spass in eurem neuen Amt.

Das Verwaltungsbashing, das hören wahrscheinlich viele gerne, und Kollege Kasper hat schon angefangen, er hat auch angefangen, eine Lanze zu brechen für die Verwaltung. Das, was ich erlebe in den letzten 25 Jahren als Unternehmer, aber auch als Privatperson, spricht ein bisschen eine andere Sprache. Ich hatte immer wieder mit der Verwaltung auf kommunaler und kantonaler Ebene Kontakt. Es kommt vor, dass mal was schief läuft. Ab und zu war das aber auch mein Fehler, und gerade heute Morgen hatte ich eine Sitzung bei einer Amtsstelle. Es ist etwas schiefgelaufen. Wir haben das im Gespräch geklärt. Wir wissen, wie wir weitergehen, und damit ist die Sache für mich erledigt. Die Erwartungshaltung, dass der Staat und die Verwaltung immer alles richtig machen, die ist zwar schön, aber die ist einfach nicht realistisch. Diesen Anspruch habe ich an mich selber und ich schaff es auch nicht immer. Christian Kasper hat angefangen vorher, dass es auch im Zusammenhang mit unserer Erwartungshaltung ist, ob da zu viel oder zu wenig gemacht wird, und in diesem Sinne möchte ich sein Votum unterstützen. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich habe kein Problem, dass das Ziel hier drin steht und man kann immer besser werden. Aber der allgemeine Ton, dass es immer schlecht ist oder oft schlecht ist, den kann ich nicht unterstützen.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann gebe ich das Wort nochmals dem Kommissionspräsidenten.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Also wir haben hier jetzt einen Antrag, der von Grossrat Metzger gestellt

wird. Er möchte die Änderung im Ziel, das ergänzt wird durch «die Bevölkerung sowie der Wirtschaft, ihrer Betriebe und Unternehmen». Seitens der KSS gäbe es eigentlich keinen Widerspruch dazu, jedoch haben wir dies fundiert diskutiert. Vor allem die Ziele hat man lange diskutiert, lange abgewogen und am Schluss auch einen Beschluss gefasst. Und aus diesem Grund wird die KSS an ihrem Beschluss festhalten und lehnt diese neue Formulierung ab.

Standespräsident Caluori: Möchte sich die Regierungsbank noch äussern zum Ziel 1? Das ist nicht der Fall. Grossrat Metzger, möchten Sie nochmals das Wort?

Metzger: Mit meinem Präzisierungsantrag geht es mir einfach darum, dass man im Ziel bewusst auch die Position der Wirtschaft, das ist ein Oberbegriff, etwas hervorhebt. Es ist keine Kritik an der Arbeit der Kommission, die ich sehr schätze. Aber wir würden mit dieser Präzisierung oder Ergänzung etwas mehr Stärke zeigen und der Wirtschaft, ihren Betrieben und Unternehmen etwas mehr Wertschätzung entgegenbringen. Darum halte ich am Antrag fest.

Standespräsident Caluori: Somit stimmen wir über den Antrag Metzger ab: Wer an der ursprünglichen Formulierung der Kommission festhalten möchte, drücke die Taste Plus, wer den Antrag Metzger unterstützen möchte, die Taste Minus, und wer sich enthalten möchte, Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben der ursprünglichen Kommissionsformulierung mit 79 Ja gegen 33 Nein und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der KSS mit 79 zu 33 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Caluori: Somit fahren wir mit den Leitsätzen zum Ziel 1 fort. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Zu den Leitsätzen habe ich keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Mitglieder der Kommission? Gibt es Wortmeldungen zu den Leitsätzen zum Ziel 1 aus dem Plenum? Grossrat Wieland, Sie haben das Wort.

Wieland: Sehr geehrter Herr Standespräsident, lieber Seppo, auch von meiner Seite herzliche Gratulation zu deiner glanzvollen Wahl und ebenfalls Silvia Hofmann herzliche Gratulation. Seppo, ich wünsche dir ein ganz schönes, ereignisreiches Jahr und ich bin überzeugt, dass du den Grossen Rat im Kanton gut vertreten wirst und auch den Kanton über die Grenzen hinaus vertreten wirst.

Nun zu meinem Votum zum Ziel 2. Das Ziel 2 Sicherheit endet mit dem Wort «garantieren». Auch im letzten Satz der Leitsätze wird das Wort «garantieren» erwähnt. Erlauben Sie mir, dass ich darin eine gesunde Demut vermissee. Warum sage ich dies? Die COVID-19-Pandemie ist mir in diesem Zusammenhang nur allzu präsent. Ich erinnere mich nur ungerne an die Massnah-

men, die ergriffen wurden, werden mussten. Sie waren hart und einschneidend. Ich versichere Ihnen, ich weiss, wovon ich spreche. Ich musste diese Regulative in meiner Gemeinde und auch hier in diesem Rat durchführen und umsetzen. Viele Massnahmen waren richtig und nötig. Es gab aber auch Vorschriften, die weit über das Ziel hinausgeschossen sind. Ich weiss, Kritik im Nachhinein ist einfach und billig. Ich möchte mein Votum auch nicht rückblickend verstanden haben, sondern in die Zukunft gerichtet, und eben genau hier sehe ich die Gefahr, das Wort «Garantie». Dies erlegt den Verantwortlichen eine Last auf, die zu Überregulierungen und Überreaktionen verleitet. Ich bin überzeugt, dass es Gefahren gibt, bei denen wir erkennen müssen, demütig erkennen müssen, dass wir nicht alles garantieren können. Wenn wir dies erkennen und akzeptieren, bereiten wir den Verantwortlichen ein Terrain vor, auf dem sie massvolle und der Bedrohung adäquate Massnahmen erlassen. Erkennen wir auch in unseren Zielen und Leitsätzen, dass wir vieles vorsorgen können, aber garantieren? Garantieren können wir es nicht. Die Natur wird immer stärker sein als wir. Das haben wir zu erkennen.

Standespräsident Caluori: Grossrat Wieland, Sie haben zu Ziel 2 gesprochen. Wir sind immer noch bei den Leitsätzen zu Ziel 1.

Wieland: Verzeihung. Vielleicht können Sie das im Protokoll umschreiben auf Ziel 2. Ich werde nicht ein zweites Mal sprechen. *Heiterkeit.*

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen zu den Leitsätzen 1? Dann stelle ich fest, dass das Ziel 1 und die Leitsätze dazu somit beschlossen sind. Wir fahren fort mit Ziel 2 Sicherheit. Herr Kommissionspräsident.

Ziel 1 und Leitsätze gemäss Bericht beschlossen

Übergeordnetes politisches Ziel 2 und Leitsätze

Antrag KSS

Gemäss Bericht

Lamprecht; Kommissionspräsident: Zu Ziel 2 Sicherheit: Durch frühe Erkennung und Eindämmung von Risiken die Sicherheit der Bevölkerung von natürlichen und menschlichen Bedrohungen garantieren. Das ist die Formulierung, wie die KSS Ihnen vorschlägt.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Pfäffli, Sie haben das Wort.

Pfäffli: Zum Thema Sicherheit: Wenn Sie den Begriff Sicherheit in eine Suchmaschine eingeben, kriegen Sie etwa die folgende Antwort: Sicherheit bezeichnet allgemein den Zustand, der für Individuen, Gemeinschaften sowie andere Lebewesen, Objekte und Systeme frei von vertretbaren Risiken ist oder als gefahrenfrei angesehen wird. Wenn ich jetzt das Ziel 2 anschau, dann stelle ich fest, dass die individuellen Risiken oder auch die natürli-

chen Risiken durch das Ziel abgedeckt sind. Die kollektiven Risiken werden aber nicht aufgeführt. Ich persönlich finde das schade, weil die KSS hat sich mit diesen Risiken eigentlich sehr intensiv auseinandergesetzt. Wenn sie unter Gesellschaft schauen unter Rubrik zwei, Alterung der Gesellschaft, werden die Demografie und die Herausforderungen der Demografie speziell erwähnt. Auch die allgemeine Abwanderung und der Brain-Drain werden in diesem Kapitel ausdrücklich für Graubünden thematisiert. Die Abwanderung wird zusätzlich nochmals unter dem Kapitel der Wirtschaft auf Seite 3, nämlich Abwanderung aus peripheren Räumen, angesprochen. Und zusätzlich wird unter Punkt c zu den neuen sozialen Risiken auf Seite 16 ausgeführt, dass wirtschaftliche Entwicklungstendenzen und die entsprechende Auswirkung auf Arbeitskräfte und diverse Bevölkerungsgruppen zu beachten sind.

Ich bin der Ansicht, dass es schade ist, dass wir hier die gesellschaftlichen Risiken nicht ausdrücklich erwähnen und ich habe deshalb den Antrag gestellt, dass man nebst den natürlichen und den menschlichen Bedrohungen auch die gesellschaftliche Bedrohung hier in das Ziel aufnimmt. Entsprechend fehlt mir dann auch eine Präzisierung dieser kollektiven Risiken in den Leitsätzen, und auch zu diesen hätte ich einen Änderungs- oder einen Ergänzungsantrag in einem Satz formuliert, der diese Lücke schliessen könnte. Meine Anträge sind: Zum Ziel Sicherheit würde ich gerne nach natürlichen auch noch gesellschaftliche und menschliche Bedrohungen garantieren, also «gesellschaftlichen» einführen.

Und weil ich gerade am Sprechen bin und es zusammengehört, würde ich dann gerne die Leitsätze ergänzen durch einen Leitsatz, der eingefügt werden könnte nach «der Bevölkerung und die Wirtschaft gefährden», und dann den neuen Satz: «Die Alterung der Gesellschaft, die Abwanderung und die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen mit Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte bergen soziale Risiken und sind gesellschaftlich herausfordernd.» Dieses würde ich gerne als Ergänzung des Ziels Sicherheit hier beantragen.

Antrag Pfäffli

Ergänzen des Ziels wie folgt:

...die Sicherheit der Bevölkerung vor natürlichen, **gesellschaftlichen** und menschlichen Bedrohungen garantieren.

Ergänzen der Leitsätze wie folgt:

...der Bevölkerung und die Wirtschaft gefährden. **Die Alterung der Gesellschaft, die Abwanderung und die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen mit Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte bergen soziale Risiken und sind gesellschaftlich herausfordernd.** Mit dem Klimawandel nehmen...

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann gebe ich hierzu ebenfalls dem Kommissionspräsidenten das Wort.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Wir haben diesen Änderungsantrag vorgängig erhalten und diesen auch diskutiert, und die KSS ist zum Schluss gekommen, sie

möchte diesen Ergänzungsantrag nicht unterstützen, aus verschiedenen Gründen. Zum einen sicher die Ergänzung zu Ziel 2. Im Ziel vor allem ist hier falsch, denn es geht hier nicht um eine gesellschaftliche Bedrohung, sondern es geht hier um die Sicherheit, und so gesehen wäre es hier falsch platziert. Ich denke, wir müssen dies auch in zwei Schritten behandeln, das Ziel, und in den Leitsätzen können wir nicht gemeinsam, obwohl, wenn man nachher diesem Antrag nicht zustimmt, wird es unten in den Leitsätzen auch obsolet.

Standespräsident Caluori: Möchte sich die Regierungsbank dazu noch äussern? Ist nicht der Fall. Dann werden wir über diesen... Grossrätin Baselgia, Sie haben das Wort.

Baselgia: Ich bin jetzt leicht erschüttert: Unter dem Titel Sicherheit das Thema Alter. Ich glaube, das ist der falsche Titel. Ich gehe mit Grossrat Pfäffli einig: Man muss das Thema Alter aufgreifen und das Thema Alter irgendwo in den Leitsätzen oder spätestens im Regierungsprogramm festsetzen. Aber, dass alte Menschen die Sicherheit in Graubünden gefährden, das dürfen wir nicht sagen. Das ist Diskriminierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe, ohne dass sie irgendetwas getan haben, ohne dass sie irgendetwas verbrochen haben. Und ich bitte Sie, wenn schon das Thema Alterung in der Gesellschaft, was ein Megatrend ist, in den Zielen oder Leitsätzen aufgenommen werden soll, dann bitte ich Sie, das bei der sozialen Kohäsion zu machen und nicht beim Thema Sicherheit.

Pfäffli: Erlauben Sie mir hier nur eine Anmerkung zu den Ausführungen von Grossrätin Baselgia. Ich habe die Alterung überhaupt nicht als Risiko bezeichnet, sondern ich habe die demografische Entwicklung als Risiko bezeichnet. Ich habe lediglich auf die demografische Entwicklung hingewiesen, weil diese unter dem Gesichtspunkt der Alterung der Gesellschaft erwähnt ist. Also in diesem Punkt möchte ich Ihnen ausdrücklich widersprechen. Für mich ist das Alter kein Risiko, sondern die demografische Entwicklung an und für sich ist eine Herausforderung.

Baselgia: Sorry, ich bin nicht so gut im Ping-Pong spielen und versuche es jetzt trotzdem. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Grossrat Pfäffli, haben Sie eine Definition von Sicherheit gegeben, und Sie haben, so ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, Sicherheit heisst frei von Risiken und Gefahren. Und unter diesem Titel bitte ich Sie, die Alterung nicht aufzunehmen. Alterung der Gesellschaft ist keine Gefahr und kein Risiko. Aber ich bin vielleicht dann mit Ihnen, wenn Sie das irgendwo anders noch reinbringen.

Standespräsident Caluori: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ich möchte Ihnen noch sagen: Wenn Sie reden möchten, bitte drücken Sie die Taste. Sie haben jetzt beide nur mit der Hand gewinkt. Das war in Klostern. Bitte einfach drücken. Dann kommen wir zur Abstimmung zum Ziel 2 Sicherheit: Wer dem ursprünglichen Text der Kommission zustimmen möchte, drücke

die Taste Plus. Wer dem Änderungsantrag von Grossrat Pfäffli zustimmen möchte, drücke die Taste Minus, wer sich enthalten möchte, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben der ursprünglichen Formulierung der Kommission mit 99 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der KSS mit 99 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Standespräsident Caluori: Wir fahren mit den Leitsätzen zum Ziel 2 fort. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Grundsätzlich habe ich hier keine Bemerkungen, aber ich möchte doch Grossrat Pfäffli anfragen, ob er an seinem Antrag festhält, in den Leitsätzen. Das scheint nicht der Fall, somit keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Binkert, Sie haben das Wort.

Binkert: Sehr geehrter Herr Standespräsident, sehr geehrte Frau Standesvizepräsidentin, herzliche Gratulation zur ehrenvollen Wahl auch von meiner Seite.

Sicherheit ist mit Sicherheit ein grosses und anspruchsvolles Ziel, welches wohl auch einiges an finanziellen Mitteln verschlingen wird, was bei Diskussionen um die Kantonsfinanzen zu berücksichtigen sein wird. Dies wird auch im Bericht der KSS auf Seite 28 unter Naturgefahren betont. Wenn wir an die vergangenen Tage denken, welche uns wieder einmal gezeigt haben, wie schnell ein Wetterereignis flächendeckend riesige Probleme und grosse Schäden verursachen kann, ist das sicher nicht übertrieben. Beim Ziel 10 Umwelt- und Klimaschutz wird darauf hingewiesen, der drohenden Wasserknappheit mit einem integralen Wassermanagement zu begegnen. Ich bin überzeugt, dass beiden Herausforderungen, Überschwemmungen und Wasserknappheit, nur mit einer Wasserregulierung begegnet werden kann, welche nicht nur riesige bauliche Eingriffe, sondern auch regulatorische Absprachen im In- und Ausland notwendig machen, welche rasch angegangen werden müssen. Ich danke der Regierung für die Berücksichtigung meiner Gedanken bei der Zielerreichung.

Standespräsident Caluori: Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass auch das Ziel 2 und die Leitsätze dazu beschlossen sind. Wir fahren fort mit Ziel 3 Räume und Gemeinden. Herr Kommissionspräsident.

Ziel 2 und Leitsätze gemäss Bericht beschlossen

Übergeordnetes politisches Ziel 3 und Leitsätze Antrag KSS

Gemäss Bericht

Lamprecht; Kommissionspräsident: Zu Ziel 3 Räume und Gemeinden: Zentrale und periphere Räume und Gemeinden in ihrer Entwicklung fördern und ihre Zusammenarbeit grenzüberschreitend stärken. Das ist die Formulierung der KSS. Hier, die meisten Diskussionen gab es sicher über das Wort «grenzüberschreitend», was aber dann in den Leitsätzen besser verständlich dargelegt wird.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Epp, Sie haben das Wort.

Epp: Era jeu less gratular cordialmein e giavischar tut il bien e cunzun massa cuntentientscha en quei bi post. Sin quella via era cordiala gratulaziun a la vicepresidente. Ziel 3 ist ein wichtiges Ziel. Die Gemeindeautonomie ist zu stärken und zu fördern, nicht nur mit zusätzlichen Aufgaben, auch in ihren Entscheidungskompetenzen. Die Gemeinden brauchen mehr Entscheidungsfreiheit und weniger Einschränkungen. Viel zu viel und immer mehr wird unter anderem von den kantonalen Ämtern entschieden. Manchmal frage ich mich, warum wir auf Gemeindeebene etwas ausarbeiten, z. B. raumplanerische Voraussetzungen für gewisse künftige Entwicklungsschritte, wir mit unseren Ideen und Umsetzungen aber immer wieder zurückgepfiffen werden. Der Gemeinde wird dann in einem zehnteiligen Dokument mitgeteilt, warum diese Idee nicht umsetzbar ist, obwohl man die Entwicklung der Gemeinde grundsätzlich ja nur weiterbringen möchte. Dann heisst es antraben, überarbeiten, Sitzungen, wieder überarbeiten, anpassen, Termine finden, finalisieren und dann nochmals ein paar Wochen auf die definitive Entscheidung des kompetenten Amtes warten. Alles wird komplizierter. Vieles geht viel zu lange. Bürokratie über Bürokratie. Die Bevölkerung aber möchte schnelle Entscheidungen, Entscheidungen und Kompetenzen vor Ort. Die Bevölkerung möchte vorwärts machen. Die zu bemitleidenden Personen sind dann jene, die vor Ort sagen müssen, wir sind dran, es dauert aber noch. Das Verständnis hierfür ist klein. Es geht zu lange, vielmals viel zu lange. Ich frage mich manchmal, ob nicht gleich die kantonale Verwaltung die Lösung hätte ausarbeiten können. Dann hätten wir viel Zeit und vor Ort sogar noch Personal einsparen können. Aber vor Ort kennt man eben die Bevölkerung, die Nachbarschaft. Man kennt deren Bedürfnisse und Anliegen. Man hat auch entsprechende Lösungen. Nur die Kompetenz, schnell und vor Ort entscheiden zu können, das bleibt uns vielmals verwehrt oder man erreicht das Ziel häufig nur mit sehr langem Atem. Es wird immer mehr zentral gesteuert. Das muss sich ändern. Der Gemeindeautonomie weiterhin grosses Gewicht beizumessen ist schön und gut, man sollte dies in der Praxis irgendwann aber hoffentlich auch wahrnehmen können. Auf ein Plädoyer für die peripheren Regionen werde ich heute für einmal verzichten.

Tuttina, jeu vi accentuar ch'igl ei impurtont per nies cantun da tener in bien equilibr denter fermas regiuns respectivamein marcaus e regiuns periferas respectivamein centers regiunals. Cun mesiras specificas eisi el futur exnum da mirar ch'il svilup egl entir cantun, era

ellas regiuns periferas vegni sustegnus e promovius egualmein.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann fahren wir mit den Leitsätzen zu Ziel 3 fort. Herr Kommissionspräsident.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich habe keine Bemerkungen.

Standespräsident Caluori: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Ich gebe Grossrat Pfäffli das Wort.

Pfäffli: Ja, bei diesen Leitsätzen hätte ich nur eine kleine Präzisierung, einen Präzisierungswunsch. Im dritten und im vierten Satz werden die ressourcenschwachen Regionen erwähnt, im fünften Satz die ressourcenstarken Regionen. Ich persönlich bin der Ansicht, dass sowohl die ressourcenschwachen wie die ressourcenstarken Regionen für unseren Kanton genau gleich wichtig sind und die genau gleichen Bedürfnisse aufweisen und anmelden sollten. Wenn ich dann aber den fünften Satz lese, der beginnt mit «es gilt aber auch», ist es für mich wie, dass die ressourcenstarken Regionen etwas nachgestellt werden gegenüber den ressourcenschwachen Regionen. Und so wäre mein Antrag, um hier die gleiche Augenhöhe für beide Regionen zu erreichen, dass man «es gilt aber auch» ersetzt durch «gleichzeitig sind die Ansprüche». Dies wäre mein Antrag.

Antrag Pfäffli

Ändern der Leitsätze wie folgt:

...des mobilen Arbeitens als Chance wahrgenommen.
Gleichzeitig sind die Ansprüche der ressourcenstarken Räume zu berücksichtigen. Der Kanton...

Loepfe: Sehr geehrter Herr Standespräsident, meine Gratulation zu Ihrer sehr guten Wahl. Auch Frau Vizestandespräsidentin, meine Ehrerbietung für Ihre sehr gute Wahl. Herzliche Gratulation.

Ich möchte gerade an das Votum anknüpfen, aber die Gegenseite darstellen. Hier steht, und ich lese vor, unter den Leitsätzen: «Damit ressourcenschwache Gebiete den Anschluss behalten, unterstützt und fördert der Kanton sie gezielt.» Ich vertrete hier eine Gemeinde, die, je nachdem, wie man die Liste dann anschaut, die veröffentlicht wurde, entweder an achter oder neunter Stelle der Ressourcenschwäche steht, zusammen mit Jenaz. Also es handelt sich um Rhäzüns, und wir hatten kürzlich eine Besprechung mit den Leuten vom Amt für Gemeinden und haben festgestellt, dass der Kanton für uns nichts tun kann und der Kanton uns auch attestiert, dass wir uns selbst nicht wirklich helfen können. Und wenn hier dann steht, der Kanton hilft gezielt, dann sage ich: Schönes Ziel. Ich erwarte, dass ich auch in dieser Richtung vom Kanton etwas höre. Man hat mir dann einmal beschieden, das war noch unter Ihrem Vorgänger, weil wir diese Situation schon längere Zeit haben, hat man uns im Rahmen des letzten Finanzausgleichwirkungsberichts beschieden, man könne da keine Lex-Rhäzüns machen. Ja, das glaube ich. Das kann man nicht

machen. Aber man könnte gezielt fördern und ich fordere Sie auf, dies zu tun.

Gort: Geschätzter Standespräsident, geschätzte Standes-
vizepräsidentin, auch von mir herzlichen Glückwunsch
zu Ihrer Wahl.

Gerne spreche ich zum Regierungsziel 3 Räume und
Gemeinden, deren Leitsätze. Eingangs möchte ich der
Kommission und der Regierung zu diesem hervorragen-
den Ziel und den nachführenden Leitsätzen gratulieren.
Es lässt mein Herz schon beinahe höher schlagen, und
wir von der SVP-Fraktion werden hier sehr genau ein
Auge oder besser gesagt 50 Augen darauf richten und die
Regierung dann danach auch messen. Nur leider habe ich
den Eindruck, dass das Ziel 3 inklusive der Leitsätze
zum Ziel 9 inklusive Leitsätze etwas widersprüchlich im
Raum steht, vor allem, was in der derzeitigen Planungs-
periode in der Raumplanung stattgefunden hat. So wurde
z. B. meine Gemeinde mit dem Start des KRL als eine B-
Gemeinde eingestuft, später dann zu einer C-Gemeinde,
und mittlerweile sogar zu einer Gemeinde, die mit einem
rückgängigen Bevölkerungswachstum zu tun hat. Dies,
obwohl man fast keine Leerwohnungen hat und bei
Anfragen die Interessenten immer wieder abweisen
muss. Es ist absolut inakzeptabel, wenn innerhalb eines
Prozesses dreimal die Regeln geändert werden und mei-
ner Meinung nach Prognosen völlig willkürlich an den
Haaren herbeigezogen werden. Hier würde ich der Re-
gierung ans Herz legen, entsprechende Vorgaben von
Bern ebenfalls kritisch zu beurteilen und nicht immer
alles einfach hinzunehmen.

Gerne zitiere ich folgende zwei Sätze aus den Leitsätzen
von Ziel 3: «Den dezentralen Strukturen und der Ge-
meindeautonomie ist weiterhin grosses Gewicht beizu-
messen. Damit ressourcenschwache Gebiete den An-
schluss behalten, unterstützt und fördert der Kanton sie
gezielt.» Ich hätte nun folgende Frage an die Regierung:
Wie will die Regierung ressourcenschwache Gebiete
unterstützen, wenn gerade diese es sind, welche in ihrer
Entwicklung durch die Raumplanung gebremst, wenn
nicht sogar blockiert werden? Wie will die Regierung
der Gemeindeautonomie grosses Gewicht beimessen,
wenn die Gemeinden gegen den Willen der örtlichen
Stimmbevölkerung Bauland auszonieren müssen? Wer
genau bestimmt innerhalb vom Kanton, ob eine Gemein-
de überhaupt noch wachsen und sich wirtschaftlich ent-
wickeln kann oder nur noch zum Spielplatz für den Wolf
oder andere Grossraubtiere wird?

Della Cà: Parlerò in italiano, dato che adesso abbiamo la
traduzione. Stimata vicepresidente e stimato presidente
del Gran Consiglio, stimati membri del Governo, stimate
colleghe e stimati colleghi. Tanti auguri a voi, auguro
tanto lavoro e tanto controllo sul Cantone, sul lavoro che
andrà a fare, speriamo. Allora, la formulazione dell'o-
biiettivo numero 3 va bene, mi voglio però soffermare
sulla definizione «Sviluppo/Entwicklung». È chiaro a
tutti che non si può avanzare e migliorare la nostra situa-
zione globale e attuale senza darsi degli obiettivi il più
realistici possibili, basati anche su traguardi raggiunti
finora attraverso le pianificazioni passate. I risultati delle
pianificazioni passate si sono però realizzati solamente a

macchia di leopardo e questo in modo particolare a van-
taggio delle regioni già privilegiate. Le nostre valli pur-
troppo non fanno parte di queste regioni privilegiate, noi
stiamo purtroppo ancora viaggiando su un vagone di
terza classe. L'obiettivo numero tre «Spazi e comuni»
dice testualmente: «promuovere le aree e le comunità
centrali e periferiche nel loro sviluppo e rafforzare la
loro cooperazione transfrontaliera.» Se guardiamo però
la situazione attuale nelle regioni periferiche questa
formulazione suona come una colossale presa in giro. Il
ritardo accumulato finora tra gli spazi privilegiati e quelli
che non lo sono è enorme e probabilmente irrecoverabi-
le. Mi permetto ora di prendere come modello la Valpo-
schiaivo, senza dimenticare che anche le altre valli hanno
problemi molto simili ai nostri. Cito alcuni esempi dove
il Governo si è perso per strada e citerò alcuni esempi
appunto di strade. Noi abbiamo bisogno di vie di comu-
nicazione, non dimenticate che tra Poschiavo e Coira ci
sono due passi, che bisogna diciamo certe volte calcolare
bene altrimenti non si arriva a Coira. In più noi siamo
una regione periferica e di confine di Stato Svizzera-
Italia, sottoposta a forte transito di passaggio tra Italia-
Svizzera-Italia. Appunto, quelli che vanno a Livigno a
fare il pieno della benzina passano sul territorio svizzero,
io mi chiedo se questo al Governo non potesse interessa-
re. E poi abbiamo l'impressione che per il Governo in
fondo alla nostra valle valga la definizione "de finibus
terrae" perché quando il Governo italiano, delle autorità
italiane hanno chiesto al Cantone dei Grigioni per esem-
pio in merito alle Olimpiadi dell'86, scusate del 2026,
non hanno neppure dato una risposta. Non c'è un collo-
quio tra il Cantone dei Grigioni e per esempio la Lom-
bardia, zero. A differenza del Cantone Ticino i quali
hanno una persona che è responsabile per quello. Noi
non possiamo tirare una riga a Campocologno e dire là è
«terra leonem» e qua siamo noi, non va bene questo.
Inoltre siamo posizionati come in una morsa tra due zone
economicamente molto vitali: a sud la Valtellina, oltre il
Bernina l'Engadina Alta. Turismo e industria. Fungiamo
da vaso comunicante per le esigenze di manodopera tra
queste due entità. Adesso per esempio che in Engadina i
frontalieri non trovano degli appartamenti a buon merca-
to cosa fanno? Vanno a casa tutte le sere e attraversano
la Valposchiavo tutte le sere, molto ecologico questo.
Dunque pensate voi cosa bisognerebbe fare per quello
che concerne la possibilità di, come si dice, di dormire in
Engadina. Abbiamo una sola via di collegamento, rispet-
tivamente di transito, verso nord. Se noi non andiamo a
nord, non mangiamo. Attraverso questa via otto villaggi
del fondovalle su una lunghezza di circa 17 chilometri.
Adesso immaginatevi se noi dobbiamo andare a coprire
questa distanza a 30km/h come tanta gente, come il
vento da nord, dice che forse sarà così. Su questi 17
chilometri non esistono delle circonvallazioni, ad ecce-
zione di un bypass, perché lo chiamo bypass, lungo 200
metri nel paesino di Miralago. Nella parte bassa della
valle oltre alla strada ci rimane il fiume, la ferrovia e
Swissgrid e gli unici profittatori sono la ferrovia e Swis-
sgrid perché sono passati attraverso la nostra valle detur-
pando il paesaggio, Swissgrid, deturpando il paesaggio,
non c'è un metro di filo elettrico sotto terra. La ferrovia
del Bernina è diventata una ferrovia da trasporto pubbli-

co è diventata turistica che genera del traffico parassita molto grande perché a Tirano, che si trova in Italia, salgono i turisti, vanno a St. Moritz e i pullman vuoti vanno a St. Moritz a riportarli indietro, ditemi voi se non è un problema quello. Noi non riusciamo a risolverlo da soli. Poi c'è una cosa che è molto, come si dice, la definizione addirittura arrogante da parte del Cantone, perché ci sono delle situazioni inerenti alla sicurezza personale delle persone che secondo le norme della Confederazione non sono rispettate, sono per esempio, e non nomino quella strada perché la conoscete tutti, il 680% fuori da quello che dice la Confederazione. Non è accettabile. Perché il Cantone fa quello? Perché il Cantone ha una «Ausnahmebewilligung» e se ne lava le mani. Dunque finisco dicendo che il Cantone non detiene la competenza di ergersi a giudice tra la vita e la morte dei propri cittadini, nascondendosi dietro lo status di eccezione.

Metzger: Als Oberengadiner Grossrat unterstütze ich den Antrag Pfäffli. Die ressourcenstarken Räume haben in verschiedener Hinsicht ihre Rollen im Kanton, für den Kanton und all seine Gemeinden. Es gilt auch sich um diese Regionen zu sorgen. Ich denke an die so wichtige Lebensschlagader der Engadiner-Strasse und der Maloja-Strasse Silvaplana-Sils-Maloja mit ihren so tödlichen Gefahren, mittlerweile auch im Sommer, denen sich täglich tausende von Grenzgängern unterziehen müssen bei ihrer Fahrt zu und ab der Arbeit im Engadin. Ohne sie wäre das Wirtschaftsleben im Engadin nicht sichergestellt. Erst durch diese Grenzgänger haben wir Wohlfahrt im Oberengadin, was wiederum dem Kanton zugutekommt. Ich werde die Regierung an das Ziel 3 erinnern, wenn es nicht weitergeht mit der sicheren Verbindung Silvaplana-Sils-Maloja. Stimmen Sie dem Antrag Pfäffli zu.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dann gebe ich das Wort Kommissionspräsident Lamprecht.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Ich weiss nicht, es stand noch eine Frage an die Regierung im Raum. Wird diese zuerst beantwortet oder wollen wir zuerst bereinigen?

Standespräsident Caluori: Nein, ich kann das auch jetzt bereinigen. Ich wollte es nachher bereinigen. Die Frage von Grossrat Gort steht noch im Raum. Sie wird morgen früh von Regierungsrat Marcus Caduff beantwortet, wie wir vorher schon gesagt haben, weil er nicht hier ist. Darum habe ich Ihnen jetzt das Wort gegeben, ob Sie noch zum Antrag Pfäffli etwas sagen möchten.

Lamprecht; Kommissionspräsident: Danke für die Berichtigung. Ich sage noch sehr gern etwas zum Antrag Pfäffli: Eigentlich hat Reto Loepfe sehr gut ausgedrückt, warum die Kommission an dem bestehenden Wortlaut festhalten will. Ich denke, der Kanton Graubünden besteht aus viel mehr Gemeinden als nur dem Oberengadin, und es wurde hier auch diskutiert, auch in der Kommission, und am Schluss mussten wir festhalten, dass diese Formulierung, wie sie jetzt steht, die bessere Variante ist. Und ich möchte Sie auch hier im Namen der Kommission bitten, den Antrag abzulehnen und der Kommission zu folgen.

Standespräsident Caluori: Ich möchte Sie nun anfragen, ob wir über den Antrag Pfäffli abstimmen sollen, obwohl die Frage von Grossrat Gort noch nicht beantwortet ist? Gibt es Oppositionen? Dann stimmen wir über den Antrag von Grossrat Pfäffli ab: Wer der ursprünglichen Version der Kommission zustimmen möchte, drücke die Taste Plus, wer dem Änderungsantrag von Grossrat Pfäffli zustimmen will, drücke die Taste Minus, wer sich enthalten möchte, drücke die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben der ursprünglichen Version der Kommission mit 78 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der KSS mit 78 zu 30 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Ziel 3 und Leitsätze gemäss Bericht beschlossen

Standespräsident Caluori: Wir beenden den Tag und fangen morgen um 8.15 Uhr mit Ziel 4 an. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 18.10 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Franz Sepp Caluori

Der Protokollführer: Patrick Barandun